

# Volks-Tribüne.

Social-Politisches Wochenblatt.

Die „Berliner Volks-Tribüne“ erscheint jeden Sonnabend früh. — Abonnements-Preis für Berlin monatlich 50 Pfg. pränumerando (frei ins Haus). — Einzelne Nummer 15 Pfg. Durch jede Post-Anstalt des Deutschen Reiches zu beziehen. (Preis vierteljährlich 1 Mk. 50 Pfg.; eingetragen unter Nr. 850 der Zeitungspreislifte für das Jahr 1888.)

Redaktion und Expedition:  
S. O. (26). Cranien-Strasse 23.

Inserate werden die 4 spaltige Petit-Zeile oder deren Raum mit 20 Pfg. berechnet. — Vereins-Anzeigen: 15 Pfg. Arbeitsmarkt: 10 Pfg. — Inseraten-Aannahme in der Expedition: Oranien-Strasse 23.

Ausgabe für Expediteure:  
„Merkur“ Zimmer-Strasse 54.

Nr. 10.

Sonnabend, den 10. März 1888.

II. Jahrgang.

## Inhalt:

Die Altersversicherung der Arbeiter. — Nahrungsmittelverfälschung. — Die Lage der sozialistischen Bewegung in England. — Die Entwicklung der Krankenversicherung im Deutschen Reich. — Aus dem Reichstage.

Ein trostloses Leben. Novelle. — Gabriel Deville, ein französischer Schüler von Marx. — Minister v. Bötticher und die Invalidenkasse der Buchdrucker.

Politisches und Sozialpolitisches. — Gewerkschaftliches und Arbeiterversicherung. — Kleine Mittheilungen. — Vereine und Versammlungen. — Literarisches.

## „Berliner Volks-Tribüne“ Sozialpolitisches Wochenblatt,

erscheint jeden Sonnabend früh in Berlin und sucht in gründlichster Weise alle auftauchenden politischen und wirtschaftlichen Fragen vor

sozialistischen Standpunkte aus zu beleuchten. Mit derselben Entschiedenheit, mit welcher die „Berliner Volks-Tribüne“

demgemäß die großen, allesbeherrschenden Gegensätze von Kapital und Arbeit behandelt, zieht sie auch alle Einzelheiten der Gewerkschaftsbewegung, der Fabrikgesetzgebung, der Arbeiterversicherung, der Steuer- und Parteikämpfe in den Kreis ihrer Betrachtungen.

Gerade heute, wo das Vereinsleben der Arbeiter gänzlich darniederliegt, erscheint uns ein Wochenblatt wie das unsrige als ein unentbehrliches Aufklärungsmittel des Volkes.

Nach auswärts empfiehlt sich bei Einzel-Bestellungen und Bezug von weniger als fünf Exemplaren Post-Abonnement. Die „Berliner Volks-Tribüne“ ist eingetragen unter Nr. 850 der Zeitungs-Preisliste für 1888 und durch jede Post-Anstalt für M. 1.50 vierteljährlich zu beziehen.

Prospekte und Probenummern liefern wir nach auswärts jederzeit gratis. Expediteure, welche auswärts die Verbreitung des Blattes übernehmen wollen, bitten wir, sich sofort mit uns in Verbindung zu setzen.

In Berlin wende man sich stets direkt an die Expediteure. Dieselben liefern die „Berliner Volks-Tribüne“ für 50 Pfennige monatlich jeden Sonnabend Morgen frei ins Haus.

Der Verlag der „Berliner Volks-Tribüne“.  
Berlin S. O., Cranienstr. 23.

## Zur Alters- und Invalidenversicherung der Arbeiter.

Die Handelskammer zu Bielefeld versendet eine Denkschrift über die Alters- und Invalidenversicherung der Arbeiter nebst neuen Grundzügen für eine reichsgesetzliche Regelung, welche wohl eine kurze Besprechung verdienen.

Die Handelskammer hat, wie die Denkschrift angiebt, nach eingehender Berathung sich von der Unausführbarkeit der Alters- und Invalidenversicherung auf Grundlage der von der Regierung vorgelegten Grundzüge überzeugt und eine andere Organisation ausfindig zu machen gesucht, die freilich in vielen Punkten einen anderen Weg geht und manche sehr beachtenswerthe Fingerzeige enthält, aber — die Frage auch nicht löst.

Angenommen ist die Grundlage des ganzen Vorschlages, daß der Staat die Alters- und Invalidenversicherung der Arbeiter zu regeln hat, und daß die Privatspekulation dabei auszuschließen ist. Es soll aus der Versicherung der Arbeiter kein kapitalistischer Geschäftsgewinn gemacht werden. Die Bielefelder Handelskammer will, entgegen dem Vorschlage der Regierung, die Organisation der Versicherung an die Organisationen der Krankenkassen anschließen. Sie erhofft daraus, und wir glauben nicht mit Unrecht, eine Verbilligung der Verwaltung. Die Organisation ist so gedacht.

Aus den, sagen wir kurz, Zwangskassen eines bestimmten Bezirkes wird ein Verband gebildet, der die Kasse und Verwaltung der Alters- und Invalidenversicherung

übernimmt. Die Krankenkassen erheben mit den gewöhnlichen Kassenbeiträgen auch das Geld für die Alters- und Invalidenversicherung, außerdem sind die Kassenvorstände der Krankenkassen, (bei Fabrikkrankenkassen also hauptsächlich die Fabrikanten selbst, da diese Kassenvorstände durchaus keine Selbstständigkeit besitzen) berufen, sich bei eintretender Invaldität eines Arbeiters gutachtlich zu äußern. Nach Anhörung dieses Gutachtens legt der Verwaltungsrath des Kassenverbandes die Rente fest. Gegen die Festsetzung kann bei einem Schiedsgericht, das ähnlich gebildet ist, wie das Schiedsgericht der Unfallversicherung, Berufung eingelegt werden, und als letzte Instanz soll das Reichsversicherungsamt gelten, als Rekurs-Instanz. Das Reichsversicherungsamt soll jedoch nicht die Thatfragen sondern nur die formalen Rechtsfragen auch prüfen können.

Die einzelnen Kassenverbände sollen in gegenseitiger Abrechnung nicht stehen, können sich aber zu Rückversicherungsverbänden vereinigen. Jeder Arbeiter soll die Invaliditäts-Rente von der Kasse erhalten, in deren Bezirk er zuletzt beschäftigt war, ohne Rücksicht darauf, wie lange er in diesem Bezirk gearbeitet hat. Die Denkschrift meint, Zugut und Abgang in den einzelnen Bezirken würde sich in der Regel ausgleichen, und wo ein starker Zugut stattfindet, findet auch ein Aufblühen des Gewerbslebens statt, das die höhere Leistung dann gut tragen kann.

Wir haben dagegen doch ganz erhebliche Bedenken. Erstlich wäre es den Verbänden neben großen Städten verhältnismäßig sehr leicht, ihre angehenden Invaliden in diese Städte hin abzuschieben, dann giebt es viele Gewerbe, z. B. Erdarbeiter, Maurer, Zimmerer, Flegler u. s. w., die in gewissen Jahreszeiten nach den größeren Orten oder den Arbeitsplätzen kommen, sich hier oft in sehr erheblicher Zahl ansammeln und da ihre Beiträge zur Invalidenversicherung bezahlen, wenn sie aber älter und schwächer werden, sich in ihrer Heimath anderen Erwerb suchen und oft bald mindestens theilweise Invalide werden. Diese würden also ihre Heimathstheile schwer belasten. Um so mehr, da gerade ganz bestimmte Kreise solche Wanderarbeiter in großer Zahl stellen. Wir können uns daher für diese Art der Einrichtung nicht erklären. Wir sind der Meinung, daß eine Ausgleichung der Einnahmen und Ausgaben der einzelnen Verbände unermesslich ist und daß diese Ausgleichung einfach nur geschehen kann, wenn der Staat die Kassen verwaltet und die Renten zahlt.

Damit, daß die Krankenkassen die Beiträge einziehen, kann man sich aber sehr einverstanden erklären; denn dies vereinfacht die Verwaltung erheblich und beseitigt vor Allem das verhängnißvolle Quittungsbuch mit den eingeklebten, vom Fabrikanten abgestempelten Marken.

Dadurch, daß die Denkschrift die Alters- und Invalidenversicherung auf die Krankenkassenorganisationen aufbaut, beschränkt sie den „Grundzügen“ der Regierung gegenüber den Kreis der Versicherten sehr erheblich. Die Denkschrift meint zwar, daß eine Verallgemeinerung des Krankenkassenwesens die hiergegen zu erhebenden Bedenken beseitigen könnte. Für den gegenwärtigen Zustand wäre das Bedenken aber doch sehr gerechtfertigt, auch können wir uns dem Ausschluß der Diensthöfen und Handlungsgehilfen nicht anschließen, wie es die Denkschrift will. Thatsächlich gelangt nur eine sehr kleine Zahl derselben zur Selbstständigkeit. Es müßte also eine Form gefunden werden, auch solche Arbeiterklassen, die keiner der organisirten Krankenkassen angehören, der Alters- und Invalidenversicherung anschließen zu können, wenn die Krankenkassenverbände die Träger der Versicherung werden sollen. Dies halten wir indessen nicht für besonders schwierig. Es ließe sich das ähnlich der Gemeinde-Krankenversicherung ganz gut organisiren.

Wir bemerken hier, daß die Denkschrift den freien Hilfskassen nicht feindlich entgegensteht, dieselben zwar nicht in den allgemeinen Verband aufnehmen will, aber sie doch für berechtigt erklärt, selbständig für ihre Mitglieder die Alters- und Invalidenversicherung zu organi-

siren, bei Leistung gewisser durch Gesetz festzustellender Sicherheiten.

Diese Unbefangenheit der Bielefelder Handelskammer, dem wüsten Loben gegen die freien Hilfskassen gegenüber, können wir nur warm anerkennen.

Dagegen stellt die Denkschrift sich ganz entschieden ablehnend gegen jede Arbeitervertretung in der Organisation. Sie betont den Dechelhäuser'schen Standpunkt der „Souveränität des Unternehmers“ in der schärfsten Weise. Sogar die Arbeitervertretung wie sie die „Grundzüge der Reichsregierung“ vorsehen, (§§ 23 und 24) findet keine Gnade. Diese ganz weifenlose Scheinvertretung der Unfallversicherung scheint der Denkschrift nach geeignet, „fortlaufend zum Träger der Gegensätze zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu werden.“ Dafür sollen die Verbände nach der Denkschrift einen Vorstand aus vier Arbeitgebern und drei Arbeitern erhalten, den ersteren also ein Uebergewicht sichern. Damit, meint die Denkschrift, seien den Arbeitern „alle ausreichenden Garantien für die Wahrung ihrer Interessen gegeben.“ Wir glauben nicht, daß sich die Arbeiter davon werden überzeugen lassen. Sie halten schon die Scheinvertretung der Unfallversicherung durchaus nicht für eine ausreichende Garantie ihrer Interessen und sind da sehr im Recht.

Auf die nebensächlichen Punkte der Organisation, auf die Generalversammlungen der Arbeiter und Arbeitgeber, wie sie die Denkschrift kennt, und ihre geringe Bedeutung wollen wir nicht weiter eingehen. Wir wollen noch sehen, was fordert und bietet die Denkschrift?

Die Wartezeit für die Invalidenversicherung soll auf 3 Jahre abgekürzt werden, die Rente soll nicht nur bei völliger sondern auch bei theilweiser Invaldität gezahlt werden, was gewiß ein Fortschritt gegen die amtlichen „Grundzüge“ ist. Die Rente soll so bemessen werden, daß sie zusammengerechnet mit dem, was der Halb-invalide, wie wir ihn nennen wollen, um die Sache kurz zu bezeichnen, noch verdient,  $\frac{2}{3}$  seines Normallohnes nicht übersteigt. Es ist also von der schablonenhaften Rentensfestsetzung der Grundzüge, die Alle über einen Kamm schor, hier abgegangen. Wenn die Invalidenrente solcher Halbinvaliden in genügender Höhe gezahlt würde, so wäre freilich, wie die Denkschrift sagt, die Altersrente nebensächlich und unwesentlich. Wenn dann auch die 70 jährige Altersgrenze und 30 Wartejahre beibehalten werden, würde das nur bedeuten, daß derjenige, der früher ganz oder theilweise invalid wird, ausreichend versorgt wird. Der Siebzigjährige aber ohne Rücksicht auf seine Arbeitsfähigkeit. Bei den „Grundzügen“, die nur für den vollständig Arbeitsunfähigen sorgten, fiel der späte Eintritt der Altersrente viel schwerer ins Gewicht. Leider trifft die Voraussetzung aber nur theilweise zu. Die Denkschrift sagt:

„12. Die Renten werden für Kalenderjahre berechnet.

Die Invalidenrente beträgt bis zum Ablauf der ersten 15 Beitragsjahre 20 pCt. des Durchschnittseinkommens der letzten 5 Jahre (bzw. für solche Personen, welche noch nicht 5 Jahre in versicherungspflichtiger Arbeit stehen, des Durchschnittseinkommens der zurückgelegten Periode) und steigt jährlich um 1 pCt. bis zur Maximalgrenze von 50 pCt. Diese Maximalgrenze findet insofern eine weitere Bestimmung, als nicht über 800 Mk. des Jahreseinkommens zur Berechnung gezogen werden sollen. Die Maximalgrenze beträgt demnach 50 pCt. von 800 Mk. = 400 Mk.“

Ein Arbeiter, der mit 800 Mark als höchsten Satz versichert ist, erhält freilich in den ersten Jahren eine Invalidenrente als Vollrente von 160 Mark, die nach 45 Wartejahren auf 400 Mark steigt, während die „Grundzüge“ ihm nur 120 Mark als Anfang und 250 Mark nach 48 Wartejahren geben. Aber schon der Arbeiter, der nur 2 Mark Tagelohn hat, stände dem, was die „Grundzüge“ bieten, ziemlich gleich. Er erhielte 120 Mark anfangs, und stiege bis 300 Mark.

Alle anderen Arbeiter, und das ist die ungeheure Mehrzahl, würden nach der Denkschrift ganz erheblich weniger erhalten, als nach den „Grundzügen“. Der dreißig- und dreißig Pfennig-Rentner würde zur besserstuirten Kinderheit gehören, ihm folgten Zwanzig- und Zehn-Pfennig-Rentner in sehr großer Zahl.

Dieses Angebot ist also noch viel weniger annehmbar, als das der „Grundzüge“ der Reichsregierung.

Die Mittel für diese Versicherung will die Denkschrift, wie schon gesagt, den Arbeitern und Unternehmern allein auflegen. Es sollen im Ganzen 2 1/2 pCt. des Lohnes von beiden Theilen zusammen, von jedem also 1 1/4 pCt. gezahlt werden. Das ist viel mehr, als die „Grundzüge“ bei gleicher Leistung verlangen. Die gleiche Leistung liegt, wie wir sahen, bei etwa 600 Mark Jahreseinkommen. Dafür bezahlt der Arbeiter nach den Grundzügen 6 Mark jährlich, nach der Denkschrift 7,50 Mark. Für 6 Mark Jahresbeitrag giebt es nach der Denkschrift aber nur eine Anfangsrente von 96 Mark und eine höchste Rente von 240 Mark.

Nun denke man sich die Anfangsrente noch bei nur theilweiser Invalidität getheilt, dann kann man wohl fragen: Liebe Herren, was soll der Scherz? Wer soll da getäuscht werden?

Was nützen dagegen, gegen die Potenzirung des Unendlichkleinen, gegen diese Homöopathie in Nickel und Kupfer die kleinen Verbesserungen, daß z. B. Mädchen, die durch die Verheirathung aus der Versicherung austreten, die gezahlten Beiträge zurückerhalten sollen und ähnliche unwesentliche Kleinigkeiten!

Auf den Staatszuschuß verzichtet die Denkschrift aus Gründen, die wir durchaus nicht als stichhaltig anerkennen können. Eine recht weitgehende Staats-Kontrolle der Alters- und Invalidenversicherung, ganz besonders bei dem Uebergewicht, das die Denkschrift den Unternehmern dabei einräumen will, ist durchaus im Interesse der Arbeiter dringend geboten. Das haben wir bei der Unfallversicherung erfahren. Ohne die anerkennenswerthen Eingriffe des Reichsversicherungsamtes wäre dieselbe von den Unternehmern schon lange so abgeschwächt, daß sie ganz nutzlos geworden wäre. Die Schmähungen gegen diese Behörde, die manchmal aus Unternehmerkreisen ertönen, zeigen, wie unbecquem ihr Einschreiten denselben ist.

Was nun aber weiter die Denkschrift gegen den Staatszuschuß anführt, ist zu merkwürdig, um es nicht wörtlich herzusetzen:

„Wir halten es ferner für sehr bedenklich, auf einen Reichszuschuß, wie solcher in den offiziellen Grundzügen vorgesehen ist, einen Theil der Alters- und Invalidenrente zu stützen. In den Reichssteuern, aus welchen die betreffenden finanziellen Mittel zu entnehmen sein würden, haben nach der erfolgten Verallgemeinerung des Systems der indirekten Steuern die versicherungspflichtigen Personen einen verhältnismäßig großen Theil aufzubringen, und es würde somit der Reichszuschuß zu nicht unerheblichem Theile die Bedeutung haben, daß man dem Versicherten aus der einen Hand nimmt, was man ihm in die andere zurückgiebt. Sodann halten wir es überhaupt nicht für ein richtiges Prinzip, dem Staate die Aufgabe einer direkten materiellen Unterstützung weiter Volkstheile in der durch die Grundzüge gekennzeichneten Form aufzuerlegen. Es liegt in einem solchen Prinzip eine weitgehende KonzeSSION an die sozialistische Auffassung vom Staate, und eine solche KonzeSSION können wir nicht als dienlich für eine geordnete Entwicklung der sozialen und politischen Verhältnisse ansehen.“

Der erstere Grund würde für uns die Folgerung ergeben, daß auch der Beitrag der Arbeiter vom Staate zu tragen wäre. Weil die Arbeiter einen verhältnismäßig großen Theil der als Kopfsteuer wirkenden indirekten Steuern aufbringen, haben sie auf den Ertrag dieser Steuern auch einen verhältnismäßig großen Anspruch. Das scheint uns nur logisch. Daß man ihnen nichts geben soll, weil sie viel zahlen, das begreifen wir nicht recht.

Und nun der andere Grund! Der Deutsche fürchtet bekanntlich außer Gott — wenn er den fürchtet — nur die Sozialdemokraten. Daß aber in Viefelfeld die Furcht so groß ist, daß selbst das, was unsere heutige Regierung für zulässig hält, dort bittere Bedenken hervorruft, das ist doch etwas stark.

Also in Kürze: Der Vorschlag der Viefelfelder Handelskammer enthält einige annehmbare Gedanken, ist aber nach keiner Richtung hin als eine auch nur annähernd brauchbare Lösung der Frage wegen einer ausreichenden Alters- und Invalidenversorgung der Arbeiter zu betrachten. Er genügt noch viel weniger, als der ganz ungenügende Vorschlag der Reichsregierung. Alle bis jetzt veröffentlichten Vorschläge zeigen nur, daß auf dem Boden der heutigen Wirtschaftsweise und damit der Herrschaft des Kapitals und des Unternehmertums eine wesentliche Verbesserung der Lage der Arbeiter unerreichbar erscheint.

## Nahrungsmittelverfälschungen der Schweine-schlächter.

Erlangung von Geld oder Werthgegenständen unter falschen Vorpiegelungen ist Betrug und wird von Rechtswegen mit Strafe bedroht. Aber es existirt notorisch ein systematischer und großartiger Betrug in der Herstellung und Lieferung von Lebensmitteln des Volkes, der thatsächlich vielfach frei ausgeht. In allen Ländern setzt man allmählich Maßregeln durch, um den Verkauf von Kunstbutter als echter Milchbutter zu verhüten, aber auf anderen Gebieten leben ähnliche Fälschungen immer wieder von neuem auf.

So haben die Vereinigten Staaten auch ihr Oleomargarin-gesetz. Bereits liegt aber dem Kongress ein neuer Antrag vor, das künstliche Schweineschmalz ebenso zu behandeln wie die Kunstbutter. Kürzlich haben nämlich große Schweineschlächter im Westen vor einem Komitee des Kongresses offen die gewerbsmäßige Verfälschung von Schweineschmalz zugegeben. Eine Steuer von 1 Cent auf das Pfund des gefälschten Stoffes soll letzteren nach dem Antrag vertheuern. Außerdem sollen die Fabrikanten 500 Dollars jährlich, die Großhändler 100 Dollars und die Kleinhändler 25 Dollars zahlen. Schließlich soll es strafbar sein, das Kunstschmalz als

Naturschmalz in den Markt zu bringen, also unter falscher Flagge segeln zu lassen.

Soweit die Bill eine Steuer vorschreibt, ist sie falsch. Die Besteuerung guter Surrogate ist unter allen Umständen verwerflich, weil sie die ärmsten Konsumenten trifft. Aber da dem Kongress die Befugniß bestritten wird, die Gesundheits-Polizei auszuüben, so kann man sich vorerst bloß auf diesem Wege helfen.

Der Senatsausschuß für Ackerbau, dem sie überwiesen worden ist, hat es sich angelegen sein lassen, in die Geheimnisse der Schmalzfabrikation hineinzuleuchten. Da kamen denn erbauliche Geschichten an den Tag. Blechlammern mit Schmalz, die im offenen Markte gekauft worden waren, wurden geöffnet und ihr Inhalt chemisch untersucht. Mehrere dieser Büchsen wiesen den Stempel der großen Schweinemillionäre Armour u. Co. von Chicago auf und enthielten die Aufschrift: Pure refined family lard (Echtes gereinigtes Schweineschmalz). Thatsächlich entpuppte sich das „Familienschmalz“ als ein erbärmliches Gemisch von 60 pCt. des schlechtesten Schweinesettes und je 20 pCt. Rindstalg und Baumwollfamen-Del. Das Produkt von Fairbanks u. Co. in Chicago unterschied sich von dem Armour'schen hauptsächlich dadurch, daß es nicht pure, sondern primo genannt war. In Büchsen, welche den Stempel Halstead u. Co. trugen, fand sich sogar nicht die geringste Spur von Schweineschmalz; die ganze Schmiere bestand aus Rindstalg und Baumwollfamen-Del. Der Betrug in allen diesen Fällen ging direkt von den Fabrikanten aus, von den ungeheuer reichen Schlachthaus-Monopolisten des Westens.

Und so frisch sind diese reichen Lebensmittelfälscher bereits geworden, daß einer von ihnen, der Herr Fairbanks von Chicago, dem Ausschusse sogar mit zynischer Offenheit den wahrhaft schweineischen Prozeß schilderte, der bei der Herstellung des „Familienschmalzes“ angewendet wird. Vor 25 Jahren, so erzählte Fairbanks, presste man in Amerika aus dem Schweineschmalz meist nur das thierische Del („Lard Del“) heraus. Dabei ergab sich ein Rückstand, das sogenannte Stearin, welches sich höchstens für die Kerzenfabrikation eignete und deshalb schwer verkäuflich war. Eine New-Yorker Firma gerieth zuerst auf den Gedanken, diesen harten Stoff, der nicht den geringsten Nahrungswert besitzt, mit dem Schmalze zu vermischen. Diese Mischung hielt sich in den warmen Ländern besser, als reines Schmalz und fand in Folge dessen einen großen Markt. Etwas später wurde in den großen Schlachtereien nicht mehr das Schweineschmalz allein ausgeschmolzen, sondern man warf in die Kessel auch die Köpfe, die Füße und sonstige Abfälle hinein. Es entstand ein Stoff, der so schmutzig war und so abscheulich schmeckte, daß er nochmals raffiniert werden mußte. Daher bildeten sich besondere Schmalzraffinerien, und seitdem wird die Verfälschung „wissenschaftlich“ betrieben.

Aus je 100 Ziegeln des Schlachthaus-Schmalzes, sagt Fairbanks, wird beim Reinigen ein Ziegel „Dred und Schmutz“ herausgepresst, „so schwarz wie Ihr Noth.“ Wie viel von diesem appetitlichen Zeug noch zurückbleibt, verschweigt der Herr, aber er giebt zu, daß die Raffineure, um den oben erwähnten scheußlichen Geschmack zu vertreiben, „25 pCt. Baumwollfamen-Del“ hinzuthun. Damit aber dieses Gemisch einigermassen nach Schmalz aussehe, wird es mittels Stearin hart und weiß gemacht. Dieses herrliche Produkt, behauptet Fairbanks, schmeckt den Leuten so ausgezeichnet, daß sie sich sofort beschweren, wenn ihnen einmal durch Zufall reines Nierenschmalz zugefickt wird! Auf diese Frage, warum er dann sein beliebtes Gemisch als „prime refined lard“ (Prima reines Schweineschmalz) in den Markt bringe, erwiderte er, das amerikanische Volk sei zum Gebrauch von „Del“ noch nicht „erzogen“ worden! Armour, Fairbanks und Genossen haben diese „Erziehung“ übernommen.

Es muß aber noch außerdem erwähnt werden, daß die Schmierbolde des Westens in den Plantagenlords des Südens die treuesten Verbündeten gegen ein gesetzliches Einschreiten haben. Diese Herren Aristokraten finden nämlich, daß es dem Abjaz des Baumwollfamen-Dels schaden könnte, aus dem sie in den letzten Jahren eine bedeutende Einnahme gezogen haben. Im Schmutz haben sich die sonst einander nicht sonderlich sympathischen Herren richtig zusammengefunden.

Wenn irgend etwas den Widerstand dieser professionsmäßigen Lebensmittelfälscher brechen kann, so ist es lediglich die Rücksicht auf den Export nach Europa. Die europäischen Regierungen benutzen die amerikanischen Praktiken bekanntlich sehr gern als Vorwand zu Sperrmaßregeln und Einfuhrerleichterungen, um die „nationalen“ Schweine gegen alle unliebsame Konkurrenz zu schützen. Der Export von amerikanischem Schweineschmalz nach Europa ist infolge dieser Maßregeln in einem Jahre um 56 Millionen Pfund gesunken. Das greift natürlich in den Beutel; und wenn es Geld einbringt, können auch solche Leute einmal anständig sein.

## Aus England.

Verschiedene Ereignisse der letzten Monate, insbesondere die polizeilichen Einschränkungen der Versammlungsfreiheit und die Verurtheilung Graham's haben die Sozialisten und die bürgerlichen Radikalen Schulter an Schulter kämpfen sehen. Verschiedene Redner des linken Flügel der Bourgeoisie haben diese Gelegenheit natürlich sogleich benutzt, um den Versuch zu machen, ob die Arbeiter nicht wieder mehr für die bürgerliche Demokratie einzufangen seien. Bei den zielbewußten Sozialisten finden sie aber keine Gegenliebe.

So schrieb Hyndman vorige Woche in seiner „Justice“:

„Die Sozialdemokratie und der Sozialismus gewinnen offenbar rascher an Boden, als selbst der sanguinischste unter uns es vor einiger Zeit noch für möglich gehalten hätte. Die letzte Periode scheinbarer Ruhe war eine Zeit, während welcher unsere Ideen immer tiefer in die Gemüther der Arbeiter eingedrungen sind und größeren Eindruck auf das Publikum gemacht haben als je zuvor. Die Tories, die entschlossen scheinen, alle freiheitlichen Forderungen zu mißachten und das Volk auf beiden Seiten des irischen Kanals um seine Rechte zu betrügen, bemühen sich, ihre politischen Gegner als „Kommunisten“ zu verdächtigen; sie hoffen, dabei einen größeren Anhang in der Shopkeeper- (Krämer-) Klasse zu finden. Auf der anderen Seite merken die Liberalen und die Radikalen, daß nur wir eine wirkliche Begeisterung unter den Arbeitern wecken können, und daß man mit der sozialistischen Stimmzahl, wie sich in Southwark und Deptford gezeigt hat, rechnen muß. Sie suchen daher eifrig von unserer Propaganda Vortheil zu ziehen, ohne daß sie ernstlich einen unserer Vorschläge durchführten oder irgend einem unserer Grundzüge zustimmten. — Beide Parteien werden sehen, daß sie sich verrechnet haben: auf das Kleinbürgertum ist ein schwacher Verlaß, wie es Louis Philipp und Napoleon III. in der Zeit der Noth erfahren haben. Dieses Kleinbürgertum ist wohl anmaßend, brutal und grausam, so lange es keiner ersten Gefahr gegenübersteht; in diesem Falle aber betrügt es, um seine eigene Haut zu retten, diejenigen, welche ihm vertraut haben. Wir können daher nichts Besseres wünschen, als daß die Tories ihre Politik der furchtsamen Unterdrückung und der Spekulation auf die ängstlichen Krämerseelen fortsetzen! — Aber auch die Liberalen täuschen sich. Bei dem Begrüßungsfest, welches zu Ehren von John Burns, Culwick und Graham veranstaltet wurde, und noch mehr bei dem späteren großen Meeting war es offenbar ihr Wunsch, der bei Einzelnen zweifelsohne auch ehrlich gemeint war: alles Gemeinliche zu betonen und alle wirklich sozialistischen Ideen zurückzudrängen. Glücklicher Weise verhinderte das unser Kamerad John Burns. Wenn die Liberalen glauben, sie könnten die Sozialisten gebrauchen, um wieder an die Regierung zu kommen und dann wieder das alte Spiel aller Mittelklassen zu beginnen, so sind sie sehr auf dem Holzwege.

Wir wissen, wie das geht, und selbst Michael Davitt's ziemlich zahme Rede am Montag läßt uns befürchten, daß auch er von dem Lafter politischer Kompromissucht angesteckt ist. Daran ist die Sache des Volkes schon oftmals gescheitert. Daß es nicht wieder geschehen soll, in England wenigstens, soll unsere Sache sein! Das Programm, welches Davitt am Montag den Londonern anzunehmen empfahl, ist praktisch das alte Uebergangsprogramm der „sozialdemokratischen Föderation“ mit Hinweglassung der Forderung von freier Nahrung für die Kinder in den Schulen — einer höchst wichtigen, niemals aufzugebenden Forderung. Dasselbe Programm vertrat auch Professor Stuart, ein Anhänger Gladstone's, durch seine Gegenwart bei dem Meeting und durch seine Empfehlung der ersten Resolution. Glaubt man aber, daß die Liberalen und Radikalen sich darum beeifern werden, ein Achtstundengesetz, freie Erziehung, Errichtung von gesunden Arbeiterwohnungen, die Organisation von Arbeit für Arbeitslose und Besteuerung der Grundrenten zur Bestreitung der Kosten für alle diese Maßregeln durchzusetzen? — Ganz gewiß nicht! Von Graham abgesehen, giebt es auch nicht ein liberales Mitglied, welches eine dieser Maßregeln beantragen oder dafür stimmen würde! — Und wenn diese Maßregeln alle angenommen und durchgeführt würden, so ständen wir doch immer noch am Anfang unseres Wertes.

Es handelt sich bei ihnen nur um Palliativmittel, nicht um eine Umformung der ganzen Gesellschaft zum Nutzen Aller. Man spricht heute viel von Reformen und treibt eine wahre Abgötterei mit der Wahl-Urne. Das ist durchaus irrig. Natürlich sollen wir alles annehmen, was wir von irgend einer politischen Partei erhalten können, und von allen politischen Machtmitteln Gebrauch machen; aber wir dürfen darüber niemals unsere ferneren Ziele vergessen, wir können niemals das Anhängsel einer Partei von Liberalen und Homerulern werden, wir dürfen keine Leute als Führer dulden, die uns zumuthen, unser politisches Erbtheil für ein Linsengericht zu verkaufen! Was war es denn, was die Arbeiter Großbritanniens aus ihrer jahrzehntelangen Apathie aufgerüttelt hat? Was hat den Muth der Hoffnungslosen angefeuert und neues Leben in die Brust der Unterdrückten gehaucht? Was hat den Elenden Muth zugesprochen und sie mit Vertrauen auf einen endlichen Erfolg erfüllt? Das war nicht das Versprechen der Lumperei einer besseren Mahlzeit für morgen, sondern der entschiedene Hinweis, von allen Fortschritten der Kultur und der ökonomischen Entwicklung Besitz zu ergreifen, sobald ein für alle Mal dem Zustande ein Ende gemacht wird, daß die Arbeiter vollständig abhängig vom Besitz sind. Nur wenn das Volk zum Kollektivbesitzer der Mittel der Produktion und Vertheilung wird, kann die Befreiung der Arbeit wirklich durchgeführt werden. Dafür kämpfen wir Seite an Seite mit unseren sozialistischen Genossen in allen Ländern. Dieses Ziel allein ist auch des Kampfes werth, und wir wissen, daß auch die Sozialisten Großbritanniens niemals von diesem Kampfe absehen werden!“

Auch auf wirthschaftlichem Gebiet entwickelt sich unter den Massen Englands ein immer stärkeres Zielbewußtsein, theils infolge der fortschreitenden Volksbildung, theils weil die Noth und die Erfahrung des täglichen Lebens unerfessliche Lehrmeister sind. So lehrt man sich auch immer mehr davon ab, durch Genossenschaftsgründungen der Noth des Volkes steuern zu wollen. Die Produktio-

Genossenschaften haben schon früher in England nie recht gedeihen wollen, dagegen haben es die Konsum-Vereine zu einer ziemlich blühenden gebracht. Anfangs beteiligten sich die fortgeschrittensten Arbeiter häufig an ihrer Errichtung, weil sie darin — wie Schulze-Delitzsch in Deutschland — ein Stück der Lösung der Arbeiterfrage sahen; doch jetzt verfliegt diese Illusion mehr und mehr, man betrachtet die Konsum-Vereine nur noch als Geschäftsspekulationen, die zu weiter nichts da sind, als ihre Mitglieder an der Preissteigerung oder Preisermäßigung von Zucker, Thee und ähnlichen Waaren zu interessieren. Früher dachte man, man könnte durch diese Institutionen den Unternehmerrückgewinn abschaffen, die Waarenproduktion regeln und einen besseren Gesellschaftszustand herbeiführen, — und zweifellos hätte auch manches Gute geschaffen werden können, wenn man, wie es Anfangs auch betont wurde, die Konsum-Vereine lediglich als Mittel zu höheren Zwecken behandelt hätte. Manche der früheren enthusiastischen Befürworter würden die heutigen Vereine selber als verwerfliche Mißgebirten bezeichnen.

Die ersten Konsum-Vereine hatten alle Voraussetzungen des Erfolges für sich. Sie hatten reichlichen Kredit; der Handelsaufschlag war damals allgemein ein sehr großer, sodaß eine Genossenschaft, die sich eines größeren Umlages gegen Baarzahlung erfreute, selbst bei bescheidenen Gewinnsätzen ein lohnendes Unternehmen wurde. Die Konsum-Vereine kamen damals einem lange gefühlten Bedürfnisse besonders auch der Mittelklassen entgegen, und der Erfolg krönte daher ihre Bestrebungen.

Aber ein guter Anfang bedeutet nicht immer auch ein gutes Ende, und jetzt ist den Konsum-Vereinen in den großen Aktiengesellschaften ein gefährlicher und überlegener Gegner erwachsen. Es giebt in London Distrikte, in welchen fast der gesamte Detailhandel von großen Privat- oder Aktiengesellschaften monopolisiert ist, und je riesenhafter diese Geschäfte anschwellen, desto mehr verdrängen sie die kleinen Läden, die immer mehr aussterben. Gänzlich werden sie unter dem heutigen System allerdings kaum jemals verschwinden, da selbst die erbärmlichsten Winkeläden für die umwohnenden Nachbarn noch immer mancherlei Bequemlichkeiten bieten, von Borg und Wucher ganz abgesehen. Aber für sie werden immer mehr nur die Brosamen übrig bleiben, die vom Tische der großen Geschäfte abfallen. Die Kleingeschäfte, in welchen sich der Detailhandel konzentriert, können bei ihrem ungeheuren Absatz auf das Billigste verkaufen, sodaß die Konsum-Vereine neben ihnen ebenso wenig gedeihen können wie Produktionsgenossenschaften neben den modernen Riesenfabriken. Außerdem eröffnen viele Fabrikanten jetzt selber Läden zum Absatz ihrer eigenen Waaren, und es ist selbstverständlich, daß kein kleiner Konkurrent, der theuer einkaufen muß, daneben aufkommen kann.

So werden alle kleineren Flickversuche von selbst ausgeerntet, um Raum für die große soziale Emanzipationsbewegung zu schaffen.

## Ueber die Entwicklung der Krankenversicherung im Deutschen Reich

gibt eine Veröffentlichung des Statistischen Amtes Auskunft.

Das Gesetz über die Krankenversicherung vom 15. Juni 1883 ordnete bekanntlich die Zwangsversicherungen für Personen, welche gegen Gehalt oder Lohn beschäftigt sind:

1. in Bergwerken etc.,
2. in Fabriken und Hüttenwerken,
3. bei Bauten,
4. beim Eisenbahnbetrieb,
5. in der mit Dampfkraft betriebenen Binnenschiffahrt und auf Werften,
6. im Handwerk und in sonstigem stehenden Gewerbebetrieb,
7. in Betrieben mit Dampfmaschinen und anderer elementarer Triebkraft, auch wenn sie nicht zu den sechs ersten Kategorien gehören.

Diese Organisation begann mit dem 1. Dezember 1884 und war somit schon im ganzen Jahre 1885 in Wirksamkeit.

Vom 1. Oktober 1885 kamen dann hinzu:

8. die Betriebe der Post und Telegraphie,
9. die der Marine und Seeverwaltung, soweit sie nicht schon versicherungspflichtig waren.

Dann aber kamen erst im Jahre 1886 noch eine Anzahl anderer Verkehrsgebiete hinzu, nämlich

10. der gesamte gewerbmäßige Fuhrwerksbetrieb,
11. die Binnenschiffahrt, auch wenn sie nicht mit Dampfkraft betrieben wird, und die verwandten Gewerbegebiete, wie Fährerei, Baggererei etc.,
12. der Expeditionsbetrieb und die verwandten Gewerbe.

Am Schluß des Jahres 1885 betrug die Mitgliederzahl der Krankenkassen 4 294 173, am Schluß des Jahres 1886 4 570 087; es war also bis zum Schluß des Jahres 1886 eine Vermehrung um 275 914 Versicherte eingetreten. In beiden Jahren sind aber, wie man nicht übersehen darf, die Knappschaftskassen nicht mitgerechnet. In ihnen sind ungefähr 370 000 Personen versichert.

Am Schluß des Jahres 1886 waren, um etwas weiter ins Einzelne einzugehen, vorhanden:

Kassen	Mitglieder
Gemeinde-Krankenversicherung . . . . .	7170
Orts-Krankenkassen . . . . .	3738
Betriebs-Krankenkassen . . . . .	5615
Bau-Krankenkassen . . . . .	105
Knappschaftskassen . . . . .	288
Eingeschriebene Hilfskassen . . . . .	1843
Landesrechtliche Hilfskassen . . . . .	479
<b>Sämmtliche Kassen: 19 238</b>	<b>4 570 087</b>

Es umfaßten also

	Prozent der Versicherten
die Gemeinde-Krankenversicherung . . . . .	13,76
die Orts-Krankenkassen . . . . .	37,23
die Betriebs- und Bau-Krankenkassen . . . . .	29,04
die Knappschaftskassen . . . . .	0,70
die Eingeschriebenen Hilfskassen . . . . .	16,02
die Landesrechtlichen Hilfskassen . . . . .	3,25

Der für die Zwecke dieser Organisation im Jahre 1886 verausgabte Betrag war 58 048 092 Mk. Von diesem entfallen 90 pCt. auf Ausgaben für ärztliche Behandlung, Arznei und sonstige Heilmittel, Krankengeld, Unterstützung an Wöchnerinnen, Sterbegeld und Verpflegungskosten an Krankenanstalten, also die eigentlichen Krankheitskosten, während die restlichen 10 pCt. der Hauptsache nach die Verwaltungskosten darstellen. Pro Kopf der Mitglieder zeigte sich also eine Gesamtausgabe von noch nicht ganz 13 (12,9) Mark, wovon 11 Mark 60 Pf. auf die eigentlichen Krankheitskosten entfallen.

## Politisches und Sozialpolitisches.

Das Interesse an den Verhandlungen des Reichstages nimmt mit jedem Tage weiter ab; die Mitglieder des „hohen Hauses“ verfallen mehr und mehr in eine „Generalschwärmerei“, die noch niemals ihresgleichen gesehen hat und auch das große zeitungslesende Publikum dürfte es müde geworden sein, den Berichten über die öden parlamentarischen Redeturniere mehr als einen flüchtigen Blick zu widmen. „Es geht zu Ende, zu Ende!“ — mit dieser Session, und, wie es scheint, auch mit dem ganzen deutschen Parlamentarismus. Das bloße Zafagenmüssen und Nichtsändernkönnen an dem allgemeinen Gange der Entwicklung in Deutschland, das läßt die parlamentarische Thätigkeit, auf die unser Bürgerthum dereinst mit so stolzen Hoffnungen blickte, mehr und mehr als eine Last erscheinen; man schüttelt sie ab, so rasch man kann; und so würden unsere Reichsboten auch bereits nicht mehr in der Leipzigerstraße weilen, wenn die Regierung nicht im letzten Augenblicke noch mit ein paar Nachforderungen für strategische Bahnen gekommen wäre. Das ist das Einzige, was die parlamentarische Maschine noch im Gange erhält! Am Montag beschäftigte sich der Reichstag mit der Frage des Identitätsnachweises beim Getreide, ohne selbständige Stellung dazu zu nehmen: die Reichsregierung soll der Frage weiter ihre Aufmerksamkeit widmen und dem Reichstage seinerzeit Mittheilung von den Ergebnissen machen. — Am Dienstag verzeitelte sich die Diskussion in einer Menge kleiner Angelegenheiten. Der Abg. Singer benutzte bei der Erörterung der Wahlprüfungen die Gelegenheit, um auf die unerhörten Beeinflussungen der Arbeiter in den staatlichen Eisenbahnwerkstätten in Breslau bei den letzten Reichstagswahlen hinzuweisen. Der Antrag Ridert,

den Reichskanzler zu ersuchen, er möge die untergeordneten Behörden anweisen, daß sie sozialdemokratische Versammlungen bei Wahlen nicht schon vorher verbieten und die Wahlkomitees nicht in ungeschicklicher Weise beschränken —

wurde der Kommission „zur Berichterstattung überwiesen“. — In der Mittwochssitzung wurde der Gesetzentwurf betr. die Einschränkung der Oeffentlichkeit der Gerichtsverhandlungen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, des Centrums, der Freisinnigen und der Polen in dritter Lesung angenommen. Bei diesem Anlaß führte der Abg. Singer folgendes aus:

„Die Aeußerung des Geh. Rathes Kayser in der Kommission, daß es nicht wünschenswerth sei, daß ein Kriminalpolizeibeamter seine Aussagen in öffentlicher Gerichtsverhandlung mache, weil er dann als geheimer Polizist nicht mehr zu verwenden sei, sowie die Erklärung, daß auch die innere Sicherheit des Staates mit dem Gesetz gefährdet werden solle, beweisen, daß die Meinung, es handele sich hier nur um Landes- und Hochverrathsprozesse, nicht zutrifft. Die Tendenz des Gesetzes richtet sich weitaus gegen die sozialdemokratische Partei.“

In der ersten Zeit des Bestehens des Sozialistengesetzes hat man geglaubt, damit alles todt machen zu können, was den Bestrebungen der herrschenden Klassen Widerstand leistete. Nachdem die Wahlen den Beweis geliefert, daß dieses Gesetz nicht geeignet sei, die Sozialisten zu vernichten, hat man angefangen, zu dem gemeinen Recht zurückzukehren und hat auf dieses die Anklagen gegen die Sozialisten gestellt. Dabei ist nun zum Vorschein gekommen, daß die Oeffentlichkeit der Gerichtsverhandlungen recht unbedeutsam ist. Um die Anklagen, die darauf gerichtet sind nachzuweisen, daß in meiner Partei eine strafbare geheime Verbindung besteht, mußte man zu Mitteln, die der Oeffentlichkeit nicht bekannt werden sollen, greifen. Diese Prozesse haben ihre Basis auf Aussagen von Geheimpolitisten gefunden, die ihrerseits sich auf Aussagen von Vertrauenspersonen bezogen, welche nicht genannt werden durften. In Gunsten dieser Geheimpolitisten, von denen Fürst Bismarck einst behauptete, daß sie lügen und trügen in unverantwortlicher Weise, wird die Einschränkung der Oeffentlichkeit gehandhabt werden. Man hätte deshalb der Vorlage vielleicht die Ueberschrift geben sollen: Gesetz, betr. den Schutz der Nichtgenannten. Für die Polizeigebühren bildet die Vorlage einen Ball, welcher sie ohne die Möglichkeit einer Kontrolle befähigt, ihr unntes Treiben fortzusetzen und durch ihre Aussagen Leute ins Unglück zu führen.

Die Agenten der Polizei haben natürlich das Bestreben, ihren Vorgesetzten recht wichtige Mittheilungen zu machen. Wenn sie diese Aussagen dann vor Gericht als Zeugen beistellen sollen, so kommen sie entweder in die Lage, dieselben als Lüge und Uebertreibungen zu bezeichnen, oder, um ihre Stellung zu behaupten, sie zu beschwören. Durch diese Vorlage wird nun den fahrlässigen Falschreden und Meinungen Thür und Thor geöffnet.

In dem letzten Berliner Sozialistenprozeß hat der Kriminalkommissar Bodungen von einem Angeklagten ausgesagt, daß er seit 3 Jahren dem sozialistischen Zentralkomitee angehört. Am anderen Tage erklärte er, es sei ein Irrthum gewesen, derselbe habe nur einigen Sitzungen des Komitees beigewohnt. Würde dieser Beamte wohl gewillt

gewesen sein, den Irrthum zu rektifizieren, wenn die Möglichkeit der öffentlichen Kontrolle nicht bestände? Würden diese Aussagen überhaupt mit dem Maße von Ueberlegung gemacht werden, wenn nicht durch die Verhandlung in öffentlicher Sitzung Irrthümer sofort berichtigt werden können? Der Kriminalkommissar Schoene beschwor in demselben Prozeß, daß die Kasse des Komitees meinem Bruder übergeben worden sei; und als der Verteidiger den Antrag stellte, meinen Bruder vorzuladen, erklärte Herr Schoene, diese Mittheilung nicht von völlig glaubwürdiger Seite erhalten zu haben. Wäre in diesen Fällen die Oeffentlichkeit ausgeschlossen gewesen, dann hätte leicht geschwiegen werden können, daß der Gerichtshof, nicht in der Lage die Richtigkeit der Aussagen zu prüfen, zu einer die Angeklagten verurtheilenden Entscheidung gekommen wäre.

So sehr ich überzeugt bin, daß das Urtheil des hiesigen Landgerichts in dem letzten Sozialistenprozeß zu denen gehört, die Herr v. Buttler nicht gefolgt, so wird dasselbe in Bezug auf die Aussagen der Polizeibeamten, die sich auf unkontrollirbare Mittheilungen von Vertrauenspersonen stützen, sich des vollen Beifalles aller derer zu erfreuen haben, die den Wunsch haben, daß die Rechtspflege unserem Rechtsbewußtsein entspricht; das Landgericht hat den Aussagen der Polizeibeamten keine Beweiskraft beigegeben, weil es nicht möglich sei, auf Grund einer Nachprüfung ihre Wahrheit festzustellen. Das Landgericht in Posen war freilich anderer Meinung.

Man sagt, wir hätten kein Vertrauen zu den Richtern. In politischen Prozessen nimmt der Richter häufig wider seinen Willen Partei. Die Erziehung, die Klassenstellung beeinflussen sein Urtheil und seine Objektivität; er sieht in dem Gegner seiner Ueberzeugung zugleich einen Gegner des Staates. Dafür muß der Richter in der Oeffentlichkeit des Verfahrens ein Korrektiv finden, das ihn davor bewahrt, seinem subjektiven Urtheil zu viel Spielraum zu geben. Gerade zu einer Zeit, wo die jüngsten Verhandlungen über das Sozialistengesetz uns noch frisch im Gedächtniß sind, hätte ein solches Gesetz nicht beschloffen werden sollen. Glauben Sie, daß die Schröder und Haupt vor einem Meind zurückschrecken würden, wenn es sich darum handelt, ihren Brodgebern gefällig zu sein? Daß Kaporra ein Bedenken haben würde, seine Aussagen in noch stärkerem Maße zu Ungunsten derer zu machen, in deren Vertrauen er sich eingelassen, wenn er sicher wäre, daß niemals etwas von seinen Aussagen in die Oeffentlichkeit kommt? Bei gemeinen Verbrechen ist die Oeffentlichkeit gleichgültig. Aber gerade der politische Angeklagte ist der Gefahr ausgesetzt, unter der Subjektivität des Richters zu leiden.

Der Schweigegebot ist vollends eine juristische Monstrosität. Der Angeklagte wird dadurch verhindert, nach Mitteln zu suchen, sich von einer Strafe zu reinigen, die vielleicht auf Grund falscher Aussagen ihm getroffen hat. Der Beurtheiler darf nicht einmal über die Ursache der Strafe sprechen; er darf keine Familie, keine Freunde, keine Vertheidigung gar nicht in einem ihm zustehenden Maße anwenden.

Man schiebt die Hoch- und Landesverrathsprozesse, für deren Verhandlung unter Ausschluß der Oeffentlichkeit bis zu einem gewissen Grade alle Parteien eingetreten wären, nur vor, um den Majoritätsparteien es möglich zu machen, für die Vorlage zu stimmen. Die eigentlichen Prozesse, die unter Ausschluß der Oeffentlichkeit werden verhandelt werden, sind aber die politischen Prozesse, namentlich die gegen die sozialdemokratische Partei. Die Gerichte werden vielleicht nicht an allen Orten gleich dem Antrage des Staatsanwalts auf Ausschluß der Oeffentlichkeit zustimmen; aber das fortgesetzte Verlangen der Staatsanwälte wird allmählig seine Wirkung auf die Gerichte nicht verfehlen. Seitdem auf einer Seite angefangen worden ist, Werth darauf zu legen, daß die Oeffentlichkeit ausgeschlossen werde, mehrten sich schon die geheimen Gerichtsverhandlungen jedes Jahr. Eine Statistik darüber wäre sehr interessant. Je mehr die Ueberzeugung im Volke wach wird, daß an keiner Seite mehr möglich ist, unter dem vollen Schutz der Oeffentlichkeit die Klagen der Staatsanwälte zu erledigen, desto schwächer wird das Vertrauen in die Rechtspflege. Als das Strafgesetzbuch gemacht wurde, hätten selbst die Konservativen nicht für den Ausschluß der Oeffentlichkeit gestimmt. Die Nationalliberalen sagen immer, sie sähen keine Reaktion. Darüber wundere ich mich nicht; sie sehen die Reaktion nicht, weil sie sie selbst machen.“

An der darauf folgenden Debatte über den Hipe'schen Gesetzentwurf betr. die Sonntagsarbeit betheiligte sich der Abg. Bebel. Bebel erklärte den Entwurf für vollständig unzureichend, weil er die Einschränkung der Sonntagsarbeit viel zu sehr von dem Gutdünken des Bundesrathes abhängig mache und sich nicht auch auf das Klein-gewerbe erstreckte, das des Schutzes wahrlich genug bedürftig sei. Der Hipe'sche Entwurf wurde in zweiter Lesung angenommen. — Am Donnerstag kam es im Reichstag wegen der Gerüchte über einen bevorstehenden Thronwechsel zu keiner ersten Verhandlung.

Der sächsische Landtag wird am 23. März d. J. geschlossen.

Ueber einen neuen Eingriff in die Wahlfreiheit weiß die „Freis. Ztg.“ des Abg. Richter das Folgende zu berichten: Seit 40 Jahren finden in Preußen Wahlen für parlamentarische Körperschaften statt. Nach den verschiedensten Richtungen ist im Laufe dieser Zeit die Wahlfreiheit bedroht gewesen. Noch niemals aber ist es grundsätzlich ausgesprochen worden, daß die einfache Vertheilung von Stimmzetteln zu Gunsten gewisser politischer Parteien hinreicht, um einen Beamten des Ansehens und des Vertrauens unwürdig zu erklären, welchen sein Veruf erfordert, und ihn deshalb zur weiteren Ausübung des Amtes unfähig zu machen. Eine solche grundsätzliche Erklärung ist dem seit 1875 bestehenden preussischen Oberverwaltungsgericht vorbehalten geblieben (speziell dem aus dem Präsidenten des Gerichts Persius und den Räten Dohrenstädt, von Meyeren, Solger und Lohausen zusammengesetzten ersten Senat dieses Gerichts). Das Gericht hat nämlich in seiner Sitzung vom 11. Januar 1888 einen Dorfschöffen Marian J. in L. im Kreise L. deshalb für unwürdig seines Amtes erklärt, weil derselbe bei den Reichstagswahlen Stimmzettel an seinem Wohnort und in mehreren fremden Gemeinden vertheilt hat, welche auf den Kandidaten der polnischen Partei Dr. A. lauteten. Die Auffassung des Oberverwaltungsgerichts schiebt, wie die Begründung ergibt, ein Verbot an alle Beamten, auch an diejenigen, welche sich in dem einfachsten unbefoldeten Ehrenamt der Gemeinde befinden, in sich, Stimmzettel zu Gunsten von Parteien zu

vertheilen, welche „grundsätzlich die Grundlagen der bestehenden Rechts- oder Staatsordnung zu verändern trachten“. Ja, die „Nordd. Allg. Ztg.“ folgert sogar, daß nach diesem Urtheile ein Beamter bei Strafe der Dienstentlassung **nicht in Form einer einfachen Stimmenabgabe** für die „polnische oder sozialistische“ Partei eintreten dürfe. — Solche Entscheidungen werden in aller Ruhe zu einer Zeit gefällt, wo die Konservativen und Mittelparteiler selber durch Einführung der fünfjährigen Legislaturperiode eine der Grundlagen der Reichsverfassung abgeändert haben. Eine derartige Gerichtspraxis muß wirklich alle Ausnahmegeetze unnötig machen.

**Agarische Arbeiterfreundlichkeit.** Auf der Generalversammlung des Knauer'schen Bauernbundes, die letzten Sonnabend in Berlin stattfand, klagte der preussische Landtagsabgeordnete Schreiner über den Mangel an billigem Gefinde, welchem man durch „möglichste Vermehrung der Maschinen“ abhelfen müsse. Auch müsse das Freizügigkeitsgesetz abgeändert werden; den Kontraktbruch des Gefindes aber müsse man gleich der Urkundenfälschung mit **Zuchthaus** bis zu fünf Jahren bestrafen! Sogar die Landwirthe müßten bestraft werden, welche „nicht ordnungsmäßig entlassene“ Arbeiter in Dienst nähmen. (Dieser konservative Landtagsabgeordnete Schreiner ist, wie wir zur Kenntniss unserer Leser hinzufügen wollen) Mühlens- und Bauerngutsbesitzer in Bromberg und zieht als Wanderredner im Lande umher auf Kosten des Bauernbundes. — Der Präsident des Bundes, Abgeordneter Knauer, meinte, man solle vor allem dafür sorgen, daß die nächsten **Landtagswahlen** wieder **konservativ** ausfielen; dann ließe sich über die gemachten Vorschläge gegen das Gefinde schon eher reden.

**Der Staat als „Arbeitgeber.“** Ueber weibliche Bahnwärter finden wir in verschiedenen Blättern folgende seltsame Mittheilung aus der Eifel: „Sicherem Vernehmen nach steht die Anstellung **weiblicher Bahnwärter** auf bestimmten Strecken der Eisenbahn Köln-Trier nunmehr definitiv fest. Mit dem 1. April soll diese Einrichtung in Kraft treten. In Folge dessen werden die alten Angestellten anderweitig verwendet; einige werden fernab von der Heimath auf andere Bahnstrecken versetzt, andere werden den Dienst als Streckenwärter oder Wächter versehen müssen. Die jüngeren Bahnwärter finden als Rottenarbeiter Beschäftigung. Jedoch ist nicht ausgeschlossen, daß sich für den Bahnwärterdienst auch Männer zu dem für die weiblichen Wärter herabgesetzten Lohne melden können. Derselbe beträgt pro Tag 1 Mk. 20 Pfg., das macht somit für die Wärterin und ihre Abfindung je 60 Pfg. Für diejenigen, welche an Hauptübergängen Dreiviertel-Tagesdienst leisten müssen, würden 80 Pfg. anzusetzen.“ — Herr Prof. Wagner spricht so oft von „**arbeiterfreundlichem Staatsbetrieb**“, und im christlich-sozialen Programm bildet dieser einen Hauptziehungspunkt. Wir benutzen auch diese Gelegenheit, um von neuem darauf hinzuweisen, daß der heutige Staat als Arbeitgeber genau so verfährt, wie der Privatkapitalist der Gegenwart; seiner Einnahme wegen und wegen der billigen „Bedienung“ seiner großkapitalistischen Kunden muß er die Arbeiter nach allen Regeln der Kunst ausnützen, schlechte Löhne zahlen, die alt und weniger leistungsfähig gewordenen Arbeiter entlassen, und die theuren Männer durch billigere Weiber ersetzen. Die „**Arbeiterfreundlichkeit**“ wird hier

immer auf dem Papiere stehen bleiben, so lange die Arbeiter eben nicht politische Macht haben.

Von Sachsenstreichern wird man bald ebensoviel zu berichten haben wie dereinst von den Thaten der schwäbischen Reichsbürger. Was in anderen Bundesstaaten und Provinzen unmöglich erscheint, das macht das in Sachsen dominirende kleine Spießbürgervölkchen zur Wirklichkeit — und es verwundert sich auch noch, wenn Andere zu seiner Handlungsweise die Köpfe schütteln oder auch gar darüber in Entrüstung gerathen. So war vor einigen Tagen der Mehrheit des sächsischen Landtages nicht das geringste Verständniß beizubringen für das Widerliche und Schmachvolle der Meeraner Armenhausordnung mit ihrer Prügelstrafe und ihrem Latienarreiß. Der konservative Abg. Dehmig-Meerane nahm sogar die „Ordnung“ in Schutz und erklärte, daß man in einer Stadt mit „hoher Fabrikbevölkerung“ (!) mit humanen Maßregeln nichts ausrichten könne. Demgegenüber erklärte der Abg. Bebel, daß jene Maßnahmen der städtischen Behörden zu Meerane nicht allein eine Schmach seien für diese Stadt, sondern für das ganze Land, und daß er im Hinblick auf solche Zustände nur ein Psui übrig habe, eine Aeußerung, durch welche er sich einen Ordnungsruf zuzog. Im weiteren Verlaufe der Debatte führte der sozialdemokratische Abg. Geyer darüber Klage, daß die politischen Gefangenen mit „Du“ angeredet werden. Regierungsrath Jäppelt erwiderte in echt sächsischer — Gemüthlichkeit, die „**Hausordnung**“ könne einen Unterschied zwischen politischen und anderen Gefangenen nicht machen!

Durch ihre wahrhaft bewundernswürdige Haltung nach dem gegen sie gerichteten Attentat hat es Louise Michel wirklich dahin gebracht, daß der Attentäter Lukas, der sie schwer verletzten, freigelassen wurde. Die Angehörigen des Verblendeten sollen es der hochherzigen Louise Michel mit Thränen gedankt haben.

Die belgische Sozialistenpartei hat ihre thätige Theilnahme an dem internationalen Kongreß, den die Deutschen anregten, zugesagt, will auch die Organisation mit übernehmen, wenn derselbe in Belgien abgehalten wird. Die Forderungen der belgischen sozialistischen Arbeiterpartei in Betreff der internationalen Arbeitsgesetzgebung sind in einer in Gent unter dem Vorsitze der anerkannten Parteiführer, Anseele und Van Beveren, stattgehabten Versammlung festgestellt worden. Man fordert Feststellung des Arbeitstages auf 9 Stunden, Verbot der Arbeit von Kindern unter 15 Jahren in den Fabriken, Regulirung der Frauennarbeit, Versicherungsgeetze gegen Unfälle und Sonntagsruhe.

**Der Leipziger „Buchhändler“** Nebel hat sich nach neueren Nachrichten nicht erhebt. Man glaubt, daß die erste Mittheilung absichtlich in Arbeiterblätter lancirt worden ist, um dem p. p. Nebel eine schöne Gelegenheit zu Belebidigungsprozessen zu bieten. Uaß scheint das durchaus unwahrscheinlich, da Niemand mehr Ursache hat, allen Weiterungen aus dem Wege zu gehen, wie gerade dieser Hiebermann, dem wir stets das gebührende Plätzchen in unserer Erinnerung wahren werden — auch wenn er nicht dahingefahren ist.

Der achtstündige Normalarbeitstag besteht bekanntlich in den Vereinigten Staaten gesetzlich für die Regierungswerkstätten. Die Ausführung dieser Bestimmung war kürzlich Gegenstand einiger Bemerkungen im Bundes-senat, die ein eigenthümliches Licht auf die Art und Weise warfen, in welcher in Amerika Arbeiterchutzgeetze von den Beamten selber respektirt werden. Senator Dawes von Massachusetts brachte eine Bill ein, welche denjenigen Regierungsarbeitern, die 10 Stunden arbeiten und zwar für einen Achtstundenlohn, die Nachzahlung dieser beiden Stunden sichert und die weitere Verletzung des Achtstundengeetzes beseitigen will. Dabei konstatierte Dawes, daß in einigen Regierungs-Departements als Bedingung der Anstellung **von den Arbeitern eine schriftliche Einwilligung** verlangt wird, das Gesetz außer Acht zu lassen. Für diese Kontrakte hat man gedruckte Formulare, welche seit Jahren in Gebrauch sind. Welch ein Bild — diese Kontrakte von Regierungsbeamten mit Bürgern behufs „Umgehung der Landesgesetze“!

Das Repräsentantenhaus der Vereinigten Staaten hat beschlossen, die von der französischen Regierung an die Vereinigten Staaten ergangene Einladung zur Theilnahme an der Pariser Weltausstellung (1889) anzunehmen.

**Arbeiterverhältnisse in Australien.** Australien ist dünn bevölkert, aber es hat bereits sein Proletariat. Die Lage der Arbeiter, schreibt man aus Melbourne, ist eine überaus traurige. Tausende von Familienvätern, wie unverheirathete Arbeiter, tüchtige Handwerker, von dem Willen, arbeiten zu wollen, befeuert, müssen feiern, da sie keine Beschäftigung finden können. Unter den Arbeitern ist eine starke Bewegung im Gange, sich zu organisiren.

### Briefkasten.

**Maurer.** Wir haben Abschrift genommen, um für nächste Nummer zu benutzen. Wir senden morgen ab.

**Abonnent Wienerstraße.** Ueber die beiden ersten Fragen sind wir selber nicht weiter orientirt. Wenn Sie aber wünschen, so können wir Ihnen Gelegenheit geben, nähere Erklärungen einzuziehen.

**Wir ermahnen unsere Leser auf das dringendste, in ihren Aeußerungen jezt doppelt vorsichtig zu sein — um so mehr als ein Thronwechsel die wirtschaftliche und politische Lage der Massen auch nicht im geringsten berührt.**

**Zeitungs-Expedition**  
von  
**W. Schönstein,**  
Berlin S. O., Mariannenstraße 48,  
empfiehlt sich zur Lieferung sämmtlicher Zeitungen, besonders der „**Berliner Volks-Tribüne**“. Prompte und pünktliche Zustellung wird zugesichert.

**Umzugshalber**  
empfiehlt  
**Nähmaschinen aller Systeme**  
auch auf **Theilzahlung**  
zu bedeutend herabgesetzten Preisen  
**Gotthold Apelt,**  
Berlin S. O., Skalitzerstr. 24 a.

**Cigarren u. Tabake**  
reichhaltiges Lager  
von  
**C. Klein.**  
15. Ritterstraße 15.  
Daselbst Zahlstelle der Gärtnerei u. Bronceur (E. S. 60.)

**Zu jedem Geschenk passend,**  
empfehle ich Bilder von  
**Mary und Laffalle**  
in schwarz und Oelbdruck, A. Bebel in Cabinet und 1/2 Lebensgröße, sowie Gruppenbilder der **Sozialdemokratischen Fraktion.**  
Anfertigung jeder Glaserarbeit. (Gruppenbilder werden sauber und billig eingezahmt.)  
**Karl Scholz,** Eisenbahnstr. 36 b 1.

**Nähmaschinen**  
sämmlicher Systeme  
auch auf **Theilzahlung.**  
**Reparaturen schnell und gut.**  
**E. Franke,**  
Saarbrückerstraße 6.

Eine freundliche Schlafstelle zu vermieten  
**E. Diether,**  
Waldeemarstraße 3, vor 4 Tr.

**Für Halberstadt.**  
Einladung zum Abonnement  
der „**Berliner Volks-Tribüne**.“  
Erstuche alle meine Freunde und Mitarbeiter, mich thatkräftig zur weiteren Verbreitung dieses Blattes unterstützen zu wollen. Uneigennütziges Handeln gebietet mir die Pflicht, und somit erwarte ich ein reges Entgegenkommen.  
**W. Herrmann, Halberstadt.**

**Abrechnung**  
**des Streiks der Berliner Sattler.**  
Die Deputation:  
**Gustav Assmann. F. Martsch.**  
**Gesamt-Einnahme.** **Gesamt-Ausgaben.**

1. Auf Sammelbogen gesammelt laut Belag 242 Nummern . . . . .	3894,60	1. An Unterstützung . . . . .	4151,—
2. Von Vereinen . . . . .	960,—	2. Verwaltungskosten des Streiks sowie Extra- u. Reiseunterstützung . . . . .	276,—
3. Freiwillige Beiträge . . . . .	162,40	3. Unkosten laut Liquidationen . . . . .	572,60
<b>Gesamtsumme</b> 5017,—		<b>Gesamtsumme</b> 4999,60	
Einnahme . . . . .	Mk. 5017,—		
Ausgaben . . . . .	4999,60		
	Bestand Mk. 17,40		

Revidirt und richtig befunden.  
**Die Revisoren:**  
**F. Maschulat. J. Angermeier. Otto Bernhardiny.**  
**F. Grube. Joseph Funk.**  
Berlin, den 2. März 1888.  
Die noch aufstehenden Listen sind bis zum 15. März im Restaurant von Marx, Neue Jafoststraße 11, abzuliefern.

Die seit 1877 bestehende, weitbekannte  
**Uhrenfabrik**  
von  
**Max Busse,**  
157. Invaliden-Strasse 157,  
neben der Markthalle,  
verkauft jezt **sämmtliche Uhren zu bedeutend herabgesetzten Preisen.** Für jede Uhr wird reelle **Garantie** geleistet.  
Grosse Abschlüsse mit Pforzheimer und Hanauer Fabrikanten ermöglichen derselben Firma den Verkauf von  
**Gold-, Silber-, Granaten- u. Korallenwaaren**  
zu **fabelhaft billigen Preisen.**  
**Spezialität: Ringe.**  
Reparaturen an **Uhren** und Goldsachen werden auf das Gewissenhafteste ausgeführt.

**Die Produktiv- und Rohstoff-Genossenschaft**  
der Schneider zu Berlin (E. G.)  
**30 Zimmerstrasse 30**  
empfiehlt ihr Lager fertiger Herren-Garderobe sowie reichhaltiges Lager in- und ausländischer Stoffe, ebenfalls Futter, Vorne und Knöpfe. Herren-Garderoben jeder Art werden nach Maß angefertigt.  
**Der Vorstand.**

**Möbel-, Spiegel- u. Polsterwaaren-Magazin**  
von  
**Julius Apelt, Sebastianstraße 27-28.**  
Reelle Waare. Prompte Bedienung.

**Große öffentliche**  
**Schuhmacher-Versammlung.**  
Montag, den 12. März, Abends 8 Uhr.  
Gr. Frankfurterstr. 117.  
Tagesordnung:  
1. Wie stellen sich die Schuhmacher zu den Militärjüdel-Lieferungen?  
2. Verschiedenes.

**Verein der Sattler**  
und **Fachgenossen.**  
Sonnabend, 10. d. M., Abends 8 1/2 Uhr,  
Gratweil's Bierhallen, Kommandantenstr. 77/79.  
**Mitglieder-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Herrn Sandermann über die gewerkschaftliche Zentralisation, ihre Licht- und Schattenseiten. 2. Gewerkschaftliches. 3. Verschiedenes. — Um zahlreichen Besuch bittet  
**Der Vorstand.**

**Fachverein der Posamentirer**  
und **Berufsgenossen.**  
**Versammlung**  
Montag, 12. März, Abends 8 1/2 Uhr, im Königstadt-Kasino, Holzmarktstr. 72.  
Tagesordnung:  
1. Vortrag des Herrn Dr. Bentendorff: Ueber die inneren Vorgänge beim Denken und Handeln. 2. Verschiedenes und Fragelasten. Gäste willkommen.  
**Der Vorstand.**

**Arbeitsnachweis für Tischler.**  
Der vom Fachverein der Tischler begründete Arbeitsnachweis befindet sich **Alte Jafoststr. 38** im Restaurant Schumann. Die Arbeitsvermittlung geschieht für Meister und Gefellen (auch Nichtmitglieder des Vereins) **unentgeltlich.** Die Adressenausgabe erfolgt **an Wochentagen von 8 1/2 bis 10 Uhr Abends, Sonntags von 9 bis 11 Uhr Vormittags.** Da sich die vier Kassirer der „Ortskrankenkasse der Tischler und Pianofortarbeiter Berlins“ verpflichtet haben, sich ihrerseits jeder Adressenausgabe zu enthalten, ersuchen wir, **nur den obengenannten Arbeitsnachweis zu benutzen.** **Der Vorstand.**

**Der Arbeitsnachweis**  
der  
**Klavierarbeiter**  
befindet sich nach wie vor **Waldeemarstr. 61** im Restaurant Pfister. Die Adressenausgabe findet jeden Abend von 8—9 1/2 Uhr und Sonntags Vormittags von 10—11 1/2 Uhr, sowohl an Mitgliedern wie auch an Nichtmitgliedern unentgeltlich statt.  
**Die Arbeitsvermittlungskommission.**

## Ein trostloses Leben.

Von G. Pontoppidan.

Aus dem Dänischen.

Gegen Osten, hinter dem langen, zusammengefunkenen Erdwall, der die Grenze zwischen der Viehweide und der Dorfgemarkung bildete, lag ein niedliches kleines Bauernhaus mit grünen Fensterrahmen, Weinland um den Giebel und Bienenkörben längs dem Gartenzaun.

„Das kleine Paradies“ nannte man es wohl; ja, Viele waren nicht weit davon entfernt, wirklich zu glauben, daß ein besonderer Segen darüber ruhe.

Aber die Bewohner des kleinen Hauses wußten davon nichts.

Vor acht Jahren waren sie vom Lande jenseits der Bucht mit zwei rothangestrichenen Kisten, einem Spinnrocken und etwas Bettzeug gekommen. Und seit der Zeit hatten sie stets in völliger Abgeschlossenheit gelebt.

Vom Morgen bis zum Abend hatte man sie in unablässiger Arbeit draußen auf dem Felde hinter ihrem weißen, langhaarigen Pferde, oder im Garten mit Spaten und Gärtnermesser gehen sehen. Aber bei keiner Gelegenheit hatten sie sich noch unter die Bevölkerung gemischt, obgleich diese es ihnen oft nahe genug gelegt hatte.

Er war eine ziemlich kleine, zusammengefunken, verkümmerte Gestalt mit der zu stark entwickelten rechten Schulter und der schiefen Haltung, dem untrüglichen Kennzeichen derer, die nie aus dem Arbeitsjoch herausgekommen sind. Der Ausdruck seiner großen, hellfarbigen, treuherzigen Augen ließ einen etwas beschränkten Verstand vermuthen, und in der That mußte auch die Frau jedes Mal hinzutreten, wenn etwas Wichtiges und Verwickeltes abzumachen war.

Sie war eine große, gesunde Bauerfrau von der Rasse, die jetzt im Aussterben begriffen ist. Allerdings hatten Entbehrungen und frühzeitige Leiden ihre Wangen hohl gemacht und das Leben hatte ihrem Blick einen gewissen vorichtigen Ausdruck gegeben, aber ihre ganze Haltung sprach von einem derben und sicheren Muth, den noch Nichts zu beugen vermocht hatte. Es lag über ihrem großen, aufgeweckten Gesicht ein ruhiges Selbstbewußtsein, das der Welt gleichsam immerfort und fest in's Auge sah und keine Furcht vor ihr hatte.

Man wollte wissen, daß es ihnen seiner Zeit sehr schwer geworden sei, ein Paar zu werden, und fand es daher natürlich, daß sie sich jetzt um so fester und unverbrüchlicher aneinander knüpften.

Von Hause aus waren sie beide von den Eltern verlassene Kinder, die auf Kosten des Kirchspiels jämmerlich genug verpflegt wurden, um dann — von einander getrennt, aber beide besetzt von demselben Gedanken und nach demselben Ziel strebend — in den schwersten Diensten auf großen Höfen zwischen verkommenen Personen aller Art ein hartes Loos zu fristen, bis sie nach fast zwanzigjähriger unausgesetzter Anstrengung und mühevollen Zusammenhaken endlich so weit gekommen waren, daß sie sich das Allernöthigste anschafften und die erste kleine Anzahlung auf die Bauerstelle, die sie seitdem besessen hatten, leisten konnten.

Damals stand hier eine elende Hütte mit verfallenen Mauern, und der Boden war ganz verwildert — und jetzt, nach Verlauf von kaum acht Jahren war die Kaufsumme nebst den Zinsen bis auf den letzten Heller berichtigt, das Haus neu aufgebaut und alle Ländereien so verbessert, daß der Werth der Stelle auf das Dreifache gestiegen war. Ja, man wollte sogar wissen, daß die „glücklichen“ Menschen beim letzten Termine eine nicht unbedeutende Summe hätten in die Sparkasse legen können.

Aber dahin waren sie auch nicht ohne die unglaublichen Anstrengungen und Aufopferungen gelangt.

Jeder Tag, jede Stunde in allen diesen Jahren waren ein einziges mühevolltes Streben nach dem Ziel hin gewesen, dessen Erreichung der große gemeinschaftliche Traum ihrer Jugendzeit und ihre stete geheime Hoffnung war, nämlich dereinst als freie Leute auf freiem Besitzthum zu walten.

Ihre niedrige, grünangestrichene Thür war die erste gewesen, die sich vor Tagesanbruch öffnete, die letzte, die sich für die Nacht schloß. In der Mittagsstunde, wenn Andere schliefen, in Regen und Sturm, immer waren sie thätig auf dem Felde oder im Garten, ohne zu rasten — beschäftigt mit dem Ausgraben von Steinen, Aufwerfen von Erdwällen, mit der Blumenzucht oder der Bienenpflege. Ja, mitten in der dunkelsten und strengsten Winterszeit konnte man regelmäßig um vier Uhr Morgens den rothen Lichtschein aus ihrem Fenster über den Schnee hin sehen.

Dann saßen sie drinnen in der kleinen niedrigen Stube mit stillem, niemals ermüdenden Eifer und benutzten die Zeit, bis es Tag wurde. Anna spann oder kratzte Wolle. Simon band Schilfmatten oder schnitzte hölzerne Löffel. Und Abends, wenn der kurze Tag zu Ende war, saßen sie ruhig da an, wo sie aufgehört hatten.

So lebten sie sechs Jahre ohne Kinder.

Aber im siebenten gebar Anna eine Tochter, die sie Eulalia, nach dem Namen im Kalender nannten.

Im nächsten Jahre sollte der letzte Rest der Kaufsumme abgetragen werden. Die glückliche Stunde, von der sie so lange geträumt, und nach der sie so unverdrossen

und mühselig hingestrebt hatten, war jetzt gekommen. Ein seltsam feierliches Gefühl erfüllte sie Beide. Es war ihnen, als könnten sie es nicht recht glauben, daß sie es wirklich erreicht hätten. Die Nacht vorher konnten sie vor Unruhe kaum schlafen, und schon zwei Stunden vor Tagesanbruch war Simon auf und im Sonntagsanzuge, um zur Stadt zu gehen. Mit rothgeränderten Augen machte sich Anna mit ihm zu thun und half ihm beim Anziehen. Und als sie über den Sandhügel den letzten Schimmer von seinem blanken Friesrock gesehen hatte, in dessen geräumiger Brusttasche die zweihundert Kronen sorgfältig eingenaht lagen, beugte sie sich über die kleine schlafende Eulalia und brach einen Augenblick in Thränen aus.

Noch am Nachmittage, als Simon endlich zurückkam und mit einem Kopfschmerz andeutete, daß jetzt Alles in Ordnung sei, konnten sie sich von einem gewissen Gefühl der Beklemmung oder der Leere nicht losmachen. Anna hatte gebratene Heringe und Sauerfohl aufgetischt, um dem Tag einen festlichen Anstrich zu geben; aber sie hatten Beide keinen rechten Appetit und sie sprachen nur wenig.

Dann gingen sie zusammen in den Garten, wo Alles in duftender Blüthe stand und von da hinaus auf's Feld, und sahen sich den blühenden Roggen an, und die Kuh im Alee und die Schafe auf dem Hügel. Polle, das langhaarige Pferd, stand hier auch, und gleichsam verstohlen nahm Anna ein Stück Brot aus ihrer Tasche hervor und steckte es ihm zu. Alles um sie her stand so üppig, so glückverheißend, und sprach zu ihnen von überwundenem Streit, von neuem Leben.

Eine ihrer vielen Bestimmungen war, daß sie von diesem Tage an, Morgens eine Stunde länger im Bette bleiben wollten. In der ersten Zeit hatten sie dazu aber zu viele Unruhe im Blute und überhaupt fanden keine große Veränderungen im täglichen Gange ihres Lebens statt.

Sie schafften sich einen rothangestrichenen Kleiderschrank in der Stube an und Simon bekam einen neuen Hut — der ihm sehr Noth that. Auch ward der gestampfte Lehmbofen der Stube im Laufe des Sommers aufgebrochen und durch eine Bretterdiele ersetzt, und statt des gewöhnlichen Kartoffelgerichtes mit Mehlstunke, erhielten sie jetzt öfter Fleischspeisen, Erbsenbrei mit Milch, gebratenen Speck oder sogar Klippfisch mit geschmolzener Butter. Aber sonst blieb Alles beim Alten und unten im Bettstroh wuchs der rothe Beutel nach wie vor.

Aber um die Erntezeit fühlte Anna sich auf einmal minder wohl, als gewöhnlich, und eines Tages, als sie oben auf dem Fuder stand und die Garben zurecht legte, stemmte sie plötzlich die Hand gegen die Seite, indem sie einen schwachen Schrei unterdrückte.

Als Anna nach Hause kam, that sie dreizehn große Pfefferkörner in ein halbes Glas Branntwein und trank es aus. Als sie schlafen ging, legte sie sich ihren wollenen Unterrock über den Leib und außerdem hatte sie insgeheim eine halbe Erbse in ein frisches Maulloch gelegt — so daß sie diesmal noch den Anfall verwand.

Aber ganz wohl fühlte sie sich doch nicht. Den ganzen Herbst hindurch tränkete sie und es fröstelte sie immer, obwohl sie in allen Stücken pünktlich den ihr vom Distriktsarzt ertheilten Vorschriften und Ermahnungen nachkam, sich dreimal täglich den Körper rieb, sich aller schwer verdaulichen Speisen enthielt und Morgens und Abends blutreinigenden Thee trank.

Eine alte Frau aus dem Dorfe, welche bisweilen zu ihnen kam, um Gartenfrüchte zu kaufen, gab ihr den Rath, einem brütenden Huhn den Kopf abzuschlagen, und dann das warme Blut zu trinken, ehe sie noch etwas sonst genossen hätte. Anna versuchte es, aber es half nichts.

So ging der Weihnachtsabend vorüber und das neue Jahr brach an. Eine starke Eisdecke hatte sich über die Bucht gelegt und einen bequemen Weg zur Hauptstadt gebildet. Da beschloßen sie, die Gelegenheit zu benutzen und mit einem Fuder Schilfmatten und Reißbesen, die Simon im Laufe des Winters angefertigt hatte, hineinzufahren, weil sie die Waare dort vortheilhafter absetzen zu können vermeinten, als auf dem Markte der benachbarten Stadt. Zugleich konnte dann Anna sich bei einem Professor, von dem sie gehört hatten, Rathes erholen und ordentlichen Bescheid bekommen, so daß sie wieder ganz gesund werden und zu Kräften kommen könne, bis die Erde frostfrei würde und die Frühjahrarbeit beginnen sollte. Eines Morgens um drei Uhr fuhr sie im Mondschein über die eisbedeckte Bucht und legten die vier Meilen nach Kopenhagen zurück.

Aber als sie nun in dem großen Wartezimmer des berühmten Professors standen und die Summe der Noth und des Elends sahen, die sich hier an die Wände drückte oder wankenden Schritts über die Fußdecke schlich, wurden sie von einer plötzlichen Angst ergriffen. Die seltsame Stille in dem großen Raum, die bleichen, gespannten Gesichter, die Luft, die wie in einem Hospital mit Carbol gesättigt war — alles das sprach auf einmal zu ihnen von Tod und Auflösung.

„Was fehlt Ihnen?“ fragte er darauf, sobald die Thür zugemacht war, indem er unter den dunkeln, buschigen Brauen einen scheelen forschenden Blick auf sie warf.

Als Simon, so gut er es vermochte, umständlich die Ursache ihres „Besuchs“ erklärt hatte, stieß der Professor, der bis dahin seine Stellung nicht verändert hatte, mit

festem Griff das Schnupstuch in die Hintertasche und deutete mit einer Handbewegung auf ein kleines Zimmer im Hintergrunde, indem er der Frau kurz gebot, hineinzugehen und sich zu entkleiden.

Anna sah Simon fragend an; das Blut war ihr in's Gesicht gestiegen. Aber als ihr Mann nach kurzem Bedenken ihr zunichte, ging sie langsam durch's Zimmer und verschwand hinter der Thür.

Es war einen Augenblick still im Zimmer. Der Professor blätterte in einem Protokoll und machte hin und wieder eine Aufzeichnung. Aber als er sich plötzlich umwandte und ohne ein Wort zu sagen zu Anna hineinging und die Thür hinter sich verschloß, fuhr Simon ein seltsames Zucken durch den Körper.

Er trat einen halben Schritt vor, sagte mit der Hand um eine Stuhllehne und horchte athemlos. Unten von der Straße her stieg der Laut von Fußtritten, Wagen und den gellenden Rufen der Verkäufer zu ihm auf. Aber drinnen war Alles still. Nur hin und wieder ertönte das gedämpfte Klirren von Instrumenten. Er mußte sich auf den Stuhl setzen, um nicht zu fallen.

Endlich erschien der Professor.

Scheinbar ohne auf Simon zu achten, der rasch aufgestanden war, trat er hinter einen Vorhang in einer Ecke des Zimmers um sich die Hände zu waschen. Aber indem er dann, sich die Hände im Handtuch trocknend, im Zimmer auf- und abging, sah er unter den gesenkten Brauen hin und wieder rasch zu ihm hin, wenn Simon es nicht bemerkte.

Simon wagte es nicht, zu fragen. Er fuhr ein Mal über das andere mit den Fingern durch sein feuchtes Haar, während sein Blick unruhig und rathlos im Zimmer umherirrte.

Endlich kam Anna zurück.

Aber da war auch jede Erklärung unnöthig. Sie war todtentbläht, die Zähne klapperten ihr im Munde und sie wick seinen Augen aus. Simon wankte einen Schritt vor, indem er die Hand in die inwendige Brusttasche steckte.

„Wie — — viel — —?“ stammelte er.

„Acht Kronen“, erwiderte der Professor vom Fenster her, mit einer Stimme in der sich nur schwer das tiefe Mitleid erkennen ließ, das in dem Blick lag, mit welchem er sie unverwandt betrachtete, während er that, als pugte er seine Nägel.

Simon kramte mit seinen dicken Fingern im Geldbeutel und zählte das Geld auf.

„Falls Sie unvermögend sind, kostet es nichts,“ sagte der Doktor sehr leise.

Aber Simon schüttelte den Kopf, und sie gingen hinaus.

Der Professor blieb einen Augenblick mit dem Rücken an's Fensterbrett stehen und versank in Gedanken.

„Der Nächste,“ rief er dann, und stellte sich wieder zum Empfang der Leidenden mitten in's Zimmer.

Draußen auf der Straße stand Polle, der langhaarige Gaul, mit dem Wagen, um Simon und Anna sogleich nach Hause zu bringen. Sie stiegen schweigend ein, und erst, als sie schon weit aus der Stadt heraus waren, hatte Simon so viel Muth gesammelt um sprechen zu können.

„Es steht wohl nicht zum Besten?“ fragte er, ohne sie anzusehen.

„Nein,“ flüsterte sie kaum hörbar.

Er gab dem Pferde einen leichten Schlag.

„Es ist wohl sehr schlimm?“

„Ja.“

Obgleich er diese Antworten erwartet hatte, durchzuckte es Simon jedesmal, wenn er sie erhielt. Seine blauen Lippen bebten und er wagte nicht weiter zu fragen.

Aber als sie so weit gekommen waren, daß sie die grünen Fensterrahmen ihres Häuschens und die Bienenkörbe längs dem Gartenzaun sehen konnten, brach Anna in Thränen aus. Und als sie nun das Haus erreichten, und die fremde Frau, welcher sie die kleine Eulalia während ihrer Abwesenheit anvertraut hatten, mit dem Kinde auf dem Arm heraustrat, drückte sie es mit so ungewöhnlicher Hestigkeit an sich, daß Simon jetzt Alles verstand.

Es war der Tod, der unerbittliche Tod.

Langsam, aber unaufhaltsam sollte er kommen und ohne Schonung sie mit sich nehmen, in's große Dunkel.

In den ersten Stunden nach ihrer Zurückkunft gingen sie fast benutzlos umher, wie betäubt von dem Schlage, der sie getroffen. Aber als Eulalia zu Bett gebracht und Alles still war um sie her, setzten sie sich bei einander auf die Bank am Tisch, um ruhig über die Sache zu sprechen.

Anna erzählte genau und umständlich Alles wieder, was der Professor ihr über die wahrscheinliche Ursache und Entstehung der Krankheit gesagt hatte. Ueber den weiteren Verlauf und namentlich über die Gefährlichkeit derselben hatte er sich zuerst nicht bestimmt äußern wollen. Aber als sie in ihn drang und vollen, klaren Bescheid begehrte, hatte er ihr zuletzt zu verstehen gegeben, daß sie jede Hoffnung aufgeben müsse: schon nach Verlauf weniger Monate würde ihr Zustand aller Wahrscheinlichkeit nach untrüglich werden. Er hatte hinzugefügt, daß sie sich dann auf dem Kreisranke einer Operation unterwerfen könne, aber auf ihr wiederholtes Andringen hatte

er endlich erklärt, daß der Ausfall, seiner Anschauung nach, kaum einen Zweifel zulasse.

Als Anna so ihr Herz gegen Simon erleichtert hatte, war es ihr, als habe sie sogleich mehr Ruhe gefunden, und schon nach Verlauf von ein paar Tagen gewann sie ganz ihre Fassung wieder.

Nur ward sie von einer seltsamen, still-fieberhaften Geschäftigkeit ergriffen, welche sie von früh bis spät im Hause umher, auf den Boden und in den Keller trieb, obgleich sie sich nur mit Anstrengung bewegen konnte. Es war ihr, als müsse sie sich jetzt ernstlich zusammennehmen und die kurze noch übrige Zeit die Hände nicht in den Schooß legen. Es war so Vieles zu ordnen, so Mandates einzuholen, wenn es ihr gelingen sollte, Alles so zu hinterlassen, wie sie es wünschte. Zuletzt gönnte sie sich fast gar keine Ruhe mehr, sondern saß oft auf bis in die Nacht hinein, um Simon's und Eulalia's Kleider nachzusehen und ihre Wäsche auszubessern; sie zählte ihr Zeug nach und sammelte es in Schubladen und Kisten, so daß Alles am rechten Ort läge und Jeder das Seinige finden könne, wenn sie nicht mehr bei ihnen wäre.

Inzwischen ging es in allen Stücken genau so, wie der Professor vorausgesagt hatte.

Ohne eigentlichen Schmerz zu fühlen, kam es Anna vor, als ob sie einen schweren Bleiklumpen in sich trage, der mit jedem Tage größer werde, ihr Körper schwellte auf und die Knie verfielen ihr oft den Dienst.

Aber nie kam eine Klage über ihre Lippen. Als sie erst mit dem Gedanken vertraut geworden war, daß sie sterben solle, fand sie sich darin, wie in eine Sache, die nun einmal nicht zu ändern sei.

Nur eines Tages in der ersten Frühjahrsstunde, als sie sich in den Garten wagte und die keimenden Knospen und Schößlinge sah, an deren Entfaltung sie sich nicht mehr erfreuen sollte, wurden ihr die Augen feucht, aber sie weinte nicht.

Zuletzt schwanden ihre Kräfte reißend schnell. Sie sank ein, wie ein Mütterchen, ihr Gesicht ward erdfahl und die Beine so schwach, daß sie sich kaum vorwärts schleppen konnte, und sich an die Wände stützen mußte. Aber bis zum letzten Augenblick ordnete sie in Küche und Stube Alles mit eigener Hand wie gewöhnlich, ohne fremde Hilfe zuzulassen, solange sie noch im Hause war.

Endlich, an einem Maiabend, sank sie schwer auf einen Stuhl in der Stube nieder, presste die Hand an die Seite und sagte:

„Jetzt — Simon — jetzt glaube ich, muß ich mich hinlegen.“

Einen Augenblick nachher stand Simon auf von seinem Platz am Tische, um Alles zur Abreise am nächsten Morgen zurecht zu machen.

Draußen im Stall drehte der langhaarige Gaul mehrere Male gleichsam verwundert den Kopf um nach ihm. Aber Simon stolperte auch dreimal über die Mistgabel und zuletzt vergaß er die Laterne, als er fortging.

Nur einmal im Laufe der Nacht warf Anna sich voll Angst an Simon's Brust. Sonst lagen sie still und schweigend und hielten sich nur an der Hand.

Sie hatten Alles mit einander besprochen. Es war von ihnen bestimmt worden, daß eine Frau aus dem Dorfe Anna's Stelle im Hause vertreten sollte, und Anna hatte ihm gesagt, wo Alles zu finden sei und wie sie sich in allen Stücken verhalten sollten.

Einmal noch in der Nacht wandte sie sich um zu ihm und rief flüsternd:

„Simon — schläfst Du?“

„Nein — Anna.“

„Ich habe vergessen Dir zu sagen, daß Eulalia's neue Strümpfe — Du weißt, die rothen — sie liegen oben auf den Betttüchern in der Kiste — die dürfen nicht in Sodalauge gewaschen werden — kannst Du Dich daran erinnern?“

„Ja wohl, Anna.“

„Dann habe ich Dir Alles gesagt.“

Früh Morgens schon hatte Simon das Pferd vor den Wagen gespannt, der Anna in's Kreis Krankenhaus bringen sollte.

Die fremde Frau kam und nahm sich sogleich Eulalia's mütterlich an, die in einem Winkel saß mit dem Finger im Munde, und offenbar durchaus nichts davon verstand, was um sie her vorging.

Anna saß fertig angezogen und in einen dicken Mantel von eigengemachtem Zeuge gehüllt auf einem Stuhl mitten in der Stube und ließ den Blick umherschweifen, wie um Allem Lebwohl zu sagen. Sie war ruhig und gefaßt, bis sie von dem Kinde Abschied nehmen sollte. Da mußten Simon und die fremde Frau sie zuletzt fortführen und sie in den Wagen heben.

Aber noch weit hin auf dem Wege konnte sie das Kind hören, das nach ihr schrie.

Drei Tage darauf kam Simon zurück mit einem Totenkranz und einem langen, schwarzen Sarge, in dem Anna lag.

Am nächsten Sonntage ward sie auf dem Kirchhofe begraben. Mehrere Leute aus dem Dorfe folgten ihr und der Prediger sprach mit Wärme über das hübsche Wort der Schrift: Die Gnade des Herrn ist überschwänglich.

## Gabriel Deville.

3 Zu den trefflichsten und bewährtesten Kräften der sozialistischen Partei Frankreichs, zu dem kleinen Häuflein Derer, welche seit Auftreten des wissenschaftlichen Sozialismus treu zur Fahne gestanden und dieselbe unentwegt

hoch gehalten haben, unermüdet als Vorkämpfer für die neue Richtung eintretend, gehört Gabriel Deville.

Gabriel Deville ist 1854 in Tarbes im Departement der Hochpyrenäen geboren. Er entstammt einer streng republikanischen Familie, die ihrer Ueberzeugung vielfach Opfer gebracht. Sein Großvater, 1848 Volksvertreter in der Konstituante, gehörte auch dem legislativen Parlament von 1849 an und nahm an den Ereignissen vom 13. Juni 1849 Theil. Er ward in der Folge verhaftet und zur Deportation verurtheilt; ein Onkel Deville's befand sich nach dem 2. Dezember 1851 unter der Zahl der Proskribirten. Jedenfalls sind diese Umstände nicht ohne Einfluß auf Deville's Entwicklung gewesen und haben dazu beigetragen, ihn schon frühzeitig in das sozialistische Lager zu führen, während doch seine gesellschaftliche Stellung ihn für das feindliche Heer der Bourgeoisie bestimmt zu haben schien.

Die eine Thatsache, daß Deville, der unter den oberen Zehntausenden stehen könnte, sich so entschieden und konsequent auf die Seite der Enterteten geschlagen, hat genügt, um ihn in der reaktionären Presse als eine „interessante aber unbegreifliche Gestalt“ figuriren zu lassen. Dieser Presse ist eben logisches Denken ebenso unverständlich wie strenger Gerechtigkeitsinn und warmes Fühlen.

Nachdem Deville in seiner Vaterstadt das Gymnasium absolviert hatte, bezog er die Universität zu Toulouse, um die Rechte zu studiren. Kaum 17 Jahre alt, hatte er sich doch schon eine feste Ueberzeugung gebildet, die ihn auf Seite der „Revolutionäre“ stellte, und zwar auf Seite derjenigen unter ihnen, welche eine Umänderung der Gesellschaft nicht von oben nach unten, sondern von unten nach oben erstrebten. Er trug in Toulouse zur Gründung einer Sektion der Internationale bei, zu deren Schriftführer er ernannt ward. Der Delegirte dieser Toulouser Sektion gehörte auf dem Kongreß von Haag der Marxistischen Majorität an.

1872 siedelte Deville nach Paris über, um seine Studien daselbst fortzusetzen, er endete dieselben im Alter von 20 Jahren durch die üblichen Prüfungen. In der Widmung seiner Prüfungsschrift hatte er sich unumwunden als „revolutionärer Republikaner“ erklärt. Er gehörte jenem kleinen Kreise revolutionärer Studenten an, die sich späterhin um Jules Guesde scharten, aber Deville ist der einzige von ihnen, der dem Sozialismus unerschütterlich treu geblieben ist und ihm eine glänzende Karriere geopfert hat, die ihm durch Geburt und Fähigkeiten offen stand. Er nahm darauf 1875 an den politischen Versammlungen regen Antheil, welche sich damals in Paris schichtern reorganisirten. Auf's energischste bekämpfte er überall die Kandidatur der Männer, welche der Versailler Versammlung angehört und sich gegen die Kommune erklärt hatten. In erster Linie war es Louis Blanc, der von Deville und anderen Revolutionären in seinem wahren Lichte gezeigt und vom unerdienten Thron seiner Popularität gestoßen wurde. Anlässlich der Legislativwahlen vom Frühjahr 1876 führte der junge Agitator einen lebhaften Feldzug gegen die positivistischen Lehren, mit welchen man die Arbeiter vom Sozialismus abzulenken und ihre Bestrebungen zu verwässern suchte. Als Mitglied des radikalsten Wahlkomitees vom 6. Arrondissement redigirte Deville das Programm, mit welchem dieses den Kampf aufnahm, und das formell erklärte: „Das agrarische und industrielle Kapital, sowie alle Arbeitsinstrumente müssen dem zur Verfügung stehen, welcher sie unmittelbar anwendet, damit das ungeschmälerte Produkt Demjenigen zufalle, der es direkt erzeugt.“

Zur nämlichen Zeit war er einer der eifrigsten Mitarbeiter an der „Droits de l'Homme“ (Die Menschenrechte), welches Blatt kurz vorher zu erscheinen begonnen. Einen Artikel, in welchem er die Amnestie forderte und energisch für die Kommune eintrat, mußte er mit 6 Monaten Gefängniß und 1000 Francs Geldstrafe büßen. Gegen Ende seiner Haft trat Deville in Beziehungen zu Jules Guesde, der unterdeß aus dem Exil zurückgekehrt und Mitarbeiter an den „Droits de l'Homme“ geworden war. Obgleich das Blatt kein rein sozialistisches, sondern nur ein ehrlich radikales Organ war, in dem die Sozialisten „Gastrollen gaben“, wurde es doch im Februar 1877 unterdrückt. Deville und Guesde veröffentlichten ihre Artikel nun im „Radical“, und als die Mächtigenstaatsstreicher vom 16. Mai auch diesen von obrigkeitlichen Todtschlagern gründeten im November 1877 fünf seiner Redakteure, nämlich: Guesde, Deville, Massard, Gerbier und Dudin das Wochenblatt „L'Egalité“ (die Gleichheit). Wenn das Blatt auch in der ersten Periode seines Bestehens noch Spuren von Unklarheit verrieth, so war es doch im Wesentlichen ein rein sozialistisches und war das erste sozialistische Organ und trug mächtig zum Aufschwung der jungen Bewegung bei. In den früheren Artikeln dieses Blattes ist wiederholt auf die Rolle und Bedeutung der Egalité aufmerksam gemacht worden.

Deville war der Erste, welcher in dem genannten Blatte das Projekt aufwarf, dem wohlverdienten Blanqui durch eine Kandidatur bei den nächsten Legislativwahlen die Freiheit zu erzwingen. Im Laufe des Sommers trat er in verschiedenen Versammlungen zu Marseille und Paris für diese Idee ein, und ist also der eigentliche Führer, welcher dem französischen Proletariat jenen Weg zeigte, der zu den Thoren des Gefängnisses von Clairvaux führte, die später durch die Wahl des alten Revolutionärs Negreich zertrümmert wurden.

Deville gehörte auch zu denen, welche die in den letzten Jahren erwachte und noch ungemein zaghafte und verschwommene Gewerkschaftsbewegung direkt in das sozialistische Fahrwasser zu leiten suchten. Von der Noth-

wendigkeit des internationalen Charakters einer jeden Arbeiterbewegung überzeugt, war er Mitglied des Organisationskomitees, welches den sozialistischen internationalen Kongreß von 1878 (Paris) vorbereitete. Er befand sich unter den Delegirten, welche den Kongreß trotz des Verbotes seitens der Regierung abhalten wollten, auf welches Unterfangen die Regierung bekanntlich durch Verhaftung der störrischen Arbeitervertreter und durch einen Prozeß antwortete. Deville erhielt zwei Monate Gefängniß und eine entsprechende Geldbuße zudiktirt. Als er das Gefängniß verließ, arbeitete er nebst Guesde an der „Revolution française“ (Die französische Revolution) mit und nahm in diesem Blatte die Kampagne für Befreiung Blanqui's wieder auf. Als Resultat derselben wurde Blanqui im zweiten Wahlkreis von Roanne und in einem Wahlkreis von Bourdeaur als Kandidat aufgestellt und in der letzteren Stadt auch gewählt. Die Kammer lassirte zwar die Wahl, allein die Regierung sah sich moralisch gezwungen, „den Alten“ in Freiheit zu setzen.

Als Mitarbeiter der Egalité trug Deville 1880 wirksam zu der großen Manifestation bei, welche der Kammer den Amnestiebeschluß abzwang; auf seine Theilnahme an der Demonstration selbst folgte die Verhaftung.

Als die Egalité einging, erschienen Artikel von Deville im „Citoyen“ (Der Bürger). 1881 wurde er mit Guesde zusammen von der „Fédération du Nord“ zum Mitglied des ersten Nationalkomitees der Arbeiterpartei ernannt. Den Manövern Brousses und seines Anhangs gegenüber, die schon damals im Geheimen auf eine Spaltung der Partei hinarbeiteten, richtete Deville, Guesde, sowie die übrigen drei Delegirten der Fédération du Nord bei ihren Mandataren ihre Entlassung ein, letztere weigerten sich jedoch entschieden, so bewährte Vorkämpfer der Arbeitersache abzusetzen. Da Deville mit unbeugbarer Prinzipientreue das Programm von Havre gegen alle possibilistischen Entmannungsversuche vertheidigte, sich auch nicht in den Kreis der Brousses'schen Eifersüchtelien und Ränke ziehen ließ, so wurde er nebst fünf anderen Mitgliedern der Partei auf dem Kongreß von St. Etienne mit dem possibilistischen Bannfluch belegt und aus der alleinseligmachenden Gemeinschaft von Allah Brousses und seines Propheten Joffrin exkommunizirt. Seit jener Zeit bildet er mit Lafargue und Guesde den Kern der kollektivistischen Minorität, welche in Frankreich die eigentliche Trägerin des wissenschaftlichen Sozialismus ist.

Schriftstellerisch sowie in Versammlungen und Vereinen für den Kollektivismus thätig, trat Deville 1886 in den „Cri du Peuple“ ein, mußte denselben jedoch verlassen, als er gegen die Verherrlichung des Diebstahls protestirte, zu der sich Madame Séverine anlässlich des Diebstahls Duval erklärt hatte. Die meisten Mitarbeiter traten mit Deville zusammen aus der Redaktion des genannten Blattes aus.

Der erste und auch der zweite „Socialiste“ sah Deville unter seinen Begründern und fleißigsten Mitarbeitern. Er entwickelte daselbst in vielen Artikeln die Marx'schen Theorien besonders nach ihrer ökonomischen Seite hin. Abgesehen von seinen zahlreichen Beiträgen zu der sozialistischen Tagesliteratur verdankt ihm die französische Partei verschiedene Broschüren, deren Verdienst und Bedeutung unbestritten ist. 1883 erschien sein Hauptwerk „Das Kapital von Karl Marx, zusammengefaßt und von einem Uebersetzer über den wissenschaftlichen Sozialismus begleitet.“ Es ist dies eine allgemeinverständliche, gedrängt zusammengefaßte, dabei klare und übersichtliche Darstellung von Marx' Lehre, soweit sie im ersten Band des Kapitals enthalten ist. Der Verfasser hat die Aufgabe gelöst, eine Quintessenz des „Kapitals“ zu geben, die weder in farblose Flachheit, noch in geschraubte Unklarheit verfällt, sondern eine Popularisation im besten Sinne des Wortes ist. In einer Serie von fünf kleinen Broschüren, denen eine Reihe von mündlichen Vorträgen zu Grunde liegen, stellt Deville die „Entwicklung des Kapitals“ dar. Diese Schriften behandeln 1. „die Entstehung des Kapitals“; 2. „die Bildung des Proletariats“; 3. „die Kooperation und die Manufaktur“; 4. „der Mechanismus und die Großindustrie“; 5. „das Ende des Kapitals“. Sie bilden eine treffliche, geordnete und methodische Entwicklung der ökonomischen Theorien, auf welchen der Sozialismus fußt; besonders für den Neuling in ökonomischen Studien sind diese kleinen Abhandlungen zu empfehlen. Ohne zwei Broschüren über den „Anarchismus“ und die „Philosophie des Sozialismus“ zu vergessen, verdient die letzte größere Veröffentlichung Deville's besonders erwähnt zu werden; es ist eine geschichtliche Studie über „Babeuf und die Verschönerung der Gleichheit“. Das Werk ist zuerst in deutscher Uebersetzung und erst später als Feuilleton im „Socialiste“ erschienen. An der Hand von Quellenstudien zeigt Deville die interessante Gestalt Babeufs vom sozialistischen Standpunkte aus in einem neuen Lichte. Sämmtliche Broschüren Deville's zeichnen sich durch große Klarheit der Darstellung und Beweisführung, reiches Material und strenge Logik der Schlussfolgerungen aus. Ihnen ist weder die leidenschaftliche beißende Polemik Guesde's eigenthümlich, noch zeigen sie einen Zug der Verwandtschaft mit der geistreichen, glänzenden und doch dabei tiefen Auffassung und Darstellung Lafargue's. Sie sind im Allgemeinen äußerst sachlich, fast trocken gehalten, stellenweise macht sich sogar eine gewisse Scherzhaftigkeit geltend. Wenn sie auch weder blenden, noch bestechen und fortreißen, so fesseln sie doch durch den vollen Ernst einer männlichen Ueberzeugung und den Ausdruck einer geklärten wissenschaftlichen Erkenntniß, die aus jeder Zeile sprechen, zwingen sie durch die Macht der Thatsachen, durch die Logik ihres Zusammenhangs zur Aufmerksamkeit und Anerkennung. Sie ver-

bienen voll und ganz das Lob einer soliden Gediegenheit und haben ganz besonders dazu beigetragen, den ökonomischen Theorien von Marx in Frankreich Bürgerrecht zu verleihen.

Deville ist auch in Konferenzen und Versammlungen für Propaganda des wissenschaftlichen Sozialismus thätig, und besonders die bereits erwähnten Vorträge über die „Evolution des Kapitals“ haben trefflich gewirkt. Ueberall, wo man auf Spuren eines Wirkens stößt, tritt die unerfütterliche Prinzipientreue zu Tage, mit der Deville für den modernen Sozialismus eintritt, und mit der er stets seine Person einsetzt und weiter einzusetzen bereit ist.

Die französischen Arbeiter hegen eine große Abneigung, ein fast instinktives Mißtrauen gegen die „Ueberläufer aus den Reihen der Bourgeoisie“, und wer die Geschichte des französischen Proletariats kennt, wird diese theilweise zum Vorurtheil gereizte Sprödigkeit begreiflich finden.

Deville ist eine der Gestalten, die geehrt sind, das französische Proletariat mit diesen „Ueberläufern“ auszuführen. Seine sozialistische Uebersetzung ist keine phantastische Seifenblase, keine überschwängliche Gefühlswüchselei, auf welche der spätere Renegat als „Jugendfehler“ mit leidig herabblüht, sondern eine jener ruhigen und gelassenen Leidenschaften des Kopfes, die um so fester und tiefer wurzeln, je weniger stürmisch sie sich offenbaren. Das französische Proletariat könnte sich nur Glück wünschen, wenn es viele „Ueberläufer“ wie Deville in seinen Reihen zählte.

## Kleine Mittheilungen.

**Wahnsinniger Luxus.** Mr. Vanderbilt, einer derjenigen amerikanischen Millionäre, für welche die Pariser Boulevardpresse ein eigenes Epitheton „richissimo“ (wörtlich etwa: ganz besonders reich) geschaffen hat, gedenkt, wie die bürgerlichen Lakaienblätter unterthänig melden, in den nächsten Tagen Frankreich zu verlassen. Vor seiner Abreise jedoch hat er noch, wie der „Figaro“ zu berichten weiß, ein „hochbedeutendes Engagement“ abgeschlossen. Er entführt den Pariser den Monsieur Joseph, „Kuchenschef“ in einem der feinsten Pariser Restaurants. Das Jahres-Gehalt, das dieser Künstler beansprucht, beträgt nicht weniger als 40 000 Frs. (32 000 Mark). So viel würde also Herr Vanderbilt bloß die „Zubereitung“ seiner Speisen kosten. Man könnte mit diesem Zubereitungsaufwand allein 160 000 Wahlzettel für Arme (à 20 Pfennige) herstellen, oder über 300 000 Wahlzettel à 10 Pf., wie in Manchen Verfassungen.

**Im Interesse der Armen!** Die „Papier-Industrie“, ein Organ der Fabrikanten, bringt folgender Mittheilung: „Unser Landsmann, Herr C. B., schreibt uns aus Baltimore im Interesse der Armen Folgendes: In den Vereinigten Staaten blüht neuentens eine ganz eigenthümliche Industrie, nämlich die Fabrikation von Newspapern unter Verwendung (Zeitungs-Jaden), welche in detail um den lächerlich billigen Preis von fünf Cents per Stück verkauft werden. Diese ärmelosen Jaden bestehen aus einer sechs-fachen Lage von Zeitungsmakulatur, die Ränder und die Verbindungsstellen sind mit Asphalttragsbändern versehen, während sich der vordere knopflose Auschnitt handbreit an den linken Flügel überlegt. Bei dem Umstehen nun, als diese über dem Demd zu tragenden Jaden eine ungemein behagliche Wärme gewähren und sich bei jästlicher Dauerhaftigkeit zufolge ihrer Unburchbarkeit gegen kalte Winde als bestes Schutzmittel gegen Kälte erwiesen haben, werden dieselben während der rauhen Jahreszeit mit Vorliebe getragen.“ Jetzt wissen wir, was den darbenenden Armen noth thut: Papier. Der Obdachlose, tagelang, wochenlang umherirrend, sein jämmerliches Dasein durch längliche Almosen fristend, stößt seinen Hunger mit Papier. Die hungernden Schulkinde, welche die amtliche Erhebung entdekt hat, werden gefüttert mit Papier. Das Papier ist ja gewöhnlich. Die Lügen der Reptilien, der Bourgeoisblätter, der Vulgarökonomien trägt das Papier. Unbeachteter Proletariat, du willst dich in Wolle und Baumwolle hüllen, um dich vor Kälte zu schützen; nimm Papierjaden. Sind äußerst praktisch und der Unternehmer kann dir dann den Lohn um so und so viel Prozent kürzen. Je wohlfeiler du dich kleidest, desto geringer werden die Anforderungen, die du an den Lohnherrscher stellen darfst. Ach, wenn du doch nicht umherspazieren könntest, höchstens mit einem Schurzfell à la Kuli — wie schon liebe sich dann der Lohn herabsetzen! Und das alles natürlich nur „im Interesse der Armen.“

**Einen interessanten Beitrag zur national-liberalen Arbeiterfreundlichkeit** in Wort und That bringt die neueste Nummer der bekannten Fachzeitschrift „Stahl und Eisen.“ Danach hat der Bochumer Verein für Bergbau- und Gußstahlfabrikation in den Jahren 1877—87 für sogenannte Wohlthätigkeitszwecke seiner Arbeiter aufgewandt 1,7 Mill., an Dividende vertheilt 7,7 Mill. Mark, also für ersteren Zweck vorausgesetzt 22,58 Prozent der Gesamtdividende. Darunter sind freilich 11 pCt. gesetzliche Zwangsleistungen, und die „humanitären“ Aufwendungen erscheinen demnach bei dem siebenfachen höheren Betrag der Dividende und da auch die Lantienme zc. außer Ansatz geblieben sind, recht jämmerlich gering. Zum Vergleich theilt man aber das sachliche Organ der Eisenindustriellen gar noch eine Zusammenstellung aus den Abschlüssen der Continental-Gesellschaft zu Dessau mit, an deren Spitze der Reichstagsabgeordnete Dechelhauser als General-Direktor steht. Danach betrug hier die Gesamtsumme der Dividende für die Aktionäre in den letzten 10 Jahren 18 510 000 Mk., die Lantienme des Direktoriums in derselben Zeit 1 011 823,47 Mk., demnach die Gesamtleistung für Arbeiter und Beamte 1,56 pCt. der Dividende für die Aktionäre und 28,59 pCt. der Lantienme des Direktoriums. Die Dechelhauser'sche Gesellschaft leistete in 10 Jahren für die Arbeiter rund 290 000 Mark bei 18 1/2 Mill. Dividende. Die Zusammenstellung schließt wie folgt: „Herr W. Dechelhauser hat, wie in den beiden Vorjahren, auch diesmal wieder die Eröffnung des Reichstages mit einer arbeiterfreundlichen Schrift begrüßt, welche das eigene Wirken in ein helles Licht setzen soll. Früher schenkte man diesen Ergüssen eine gewisse Beachtung, heute verfehlen sie, trotz allerlei Mitteln, den beachtlichen Eindruck. Jeder Unbefangene ist überzeugt, daß die sozialigen Fragen nicht durch Druderschwärze und billige Vorschläge gelöst werden, sondern nur durch erhebliche Geldopfer.“ So wird ein Unternehmer von dem anderen abgethan! Die Arbeiter interessiert bei der ganzen Auseinandersetzung nur die eine Thatsache: nämlich, daß in Dessau der Aufwand für Hunderte von Arbeitern und Beamten etwa ein Viertel von dem beträgt, was allein das Direktorium — außer den fetten Gehältern — an Lantienme bezieht, und daß Herr Dechelhauser sich dann auch noch als Erlöser der Arbeiter preis und preisen läßt.

**Daß auch in England die Strafen für Reiche und für Arme nicht nach gleichem Maß bemessen werden, zeigen folgende Fälle, die dieser Tage zur Aburtheilung kamen.** In Dorchester wurde die Frau eines reichen Gutsbesizers Namens Williams, welche während eines Besuches bei ihrer Schwägerin aus dem Laden zweier Händler in Weymouth eine große Anzahl werthvoller Rippen abgewendet hatte, obgleich sie im Ueberflus lebte und sich die Sache leicht hätte kaufen können, gegen eine Ration von

500 Pf. straflos freigelassen. In Ampthill dagegen wurde eine arme Frau Namens Mary Northwood, deren Mann ohne Arbeit war und deren vier kleine Kinder am feuerlofen Herde Hunger litten, zu 25 Sh. Geldstrafe und 10 Sh. 6 d. Kosten, oder im Uebermögensfalle zu einem Monat Gefängnis verurtheilt, weil sie im vergangenen December von einem Baume des Gartens an dem von ihr bewohnten Hause einige Zweige abgebrochen hatte, um für ihre frierenden und hungernden Kleinen ein Feuer zu machen, woran sie sich wärmen könnten. Da die Frau die Geldstrafe nicht zahlen konnte, so wurde sie nach Belfort in's Gefängnis abgeführt und erst dann wieder freigelassen, nachdem mitleidige Nachbarn das Geld für sie zusammengebracht hatten.

**Wie man die Abgeordneten in den Vereinigten Staaten kritisiert.** Einer Korrespondenz aus Washington für die „N. Y. Staatszeitung“, eines der größten Bourgeoisblätter entnehmen wir nachstehende Skizze des „Senator's Philatus Sawyer“, sowie seiner Thätigkeit und seines Einflusses in den Hallen des Kongresses. Der Korrespondent schreibt: „Sawyer ist der gemüthlichste von dem Trio: Hoar, Edmunds und Phil. Sawyer. Er ist durch Holzhandel, bei dem er auch manchmal Uncle Sam's (d. h. der Vereinigten Staaten) Holz mit verhandelt haben soll, reich geworden und hat sich theils aus Geschäft und theils aus Vergnügen in den Senat wählen lassen. Entweder weil er zu geteilt oder zur Ernte für seinen Baumstumpf erstreckt er sich einer Munde, die seiner Höhe nichts nachgibt, und dabei sind seine Beine so kurz, daß man, wenn er hinter seinem Pulte ist, nie sagen kann, ob er steht oder sitzt. So hat er selbst eine verweifelhafte Ähnlichkeit mit einem kurz abgehackten Baumstumpf bekommen, und Alles, was sonst noch an ihm bemerkbar ist, eine riesige Platte, so zahl, wie eine gründlich abgefrevelte Halbe. Sawyer hat fast gar keine Bildung genossen, schreibt wenig und hält aus guten Gründen nie eine Rede; aber er ist doch eines der einflussreichsten Mitglieder des Senats. Eine Bill (ein Antrag) oder irgend ein Vorschlag für den er sich wirklich interessiert, fällt selten durch. Jedes Mitglied ist ihm in irgend einer Weise verpflichtet. Seine Mittel gestatten ihm, sich einen sehr gewiegten Privatsekretär zu halten, unter dem ein ganzes Bureau steht; für alle Fälle stellt Sawyer seine Leute diesem oder jenem Senator zur Verfügung. Er ist stets bereit, für eine Bill zu stimmen, um einem Freunde auszuweichen und noch viel bereit, diesen Freund zum Luch einzuladen — was seine Hauptforce ist. Sawyer redet nicht, aber wenn er aufsteht und sagt: Das und das sollte geschehen, so geschieht es gewöhnlich. Da beschloß man da neulich die Bills über Regierens-Telegraphen eines Spezialauschusses statt dem Postauschuss, dessen Vorsitzender Sawyer war, zu überweisen. Der Beschluß wurde fast einstimmig gefaßt und der alte Sawyer war während. Aber er sagte nichts. Er gab nur Notiz, daß er einen Antrag auf Wiedererwägung stellen werde. Dann wartete er drei Tage lang von einem Committee-Zimmer zum andern und von einem Dufte zum andern, bis er mit jedem Senator, Republikaner oder Demokrat, persönlich gesprochen. Als dann sein Antrag an die Reihe kam, sagte er auch wieder weiter nichts als: „Ich denke, die Bills sollten an den Postauschuss gehen.“ Butler und Andere verurtheilten ihn in gutmüthiger Weise ein wenig aufzuziehen und sprachen davon, daß er doch seinen Antrag in einer Rede begründen solle u. s. w.; aber Sawyer blieb bei seinem ersten Satz, und als die Abstimmung kam, hatte er richtig die Meinung des Senats vollständig umgewandelt und drei Viertel stimmten jetzt gegen einen Spezialauschuss. Sawyer aber lachte und wurde drei Viertel Zoll länger: er hatte sich bedrückt hingelacht.

**Das Komitee der Arbeitslosen in Bristol,** welche eine so lebhaftige Agitation während der letzten drei Monate entfaltet haben, hat soeben einen Bericht über seine Thätigkeit ausgegeben. Dieser Bericht zeigt, daß die Arbeitslosen bei allen ihren Versammlungen und Aufzügen die größte Ordnung gewahrt haben, so daß sie zu keinerlei Ausstellungen Veranlassung gaben, sie haben auf jede gesegliche Weise versucht, die Unterthütung der Lokalbehörden zu erwerben, sie beschwerten sich aber auf's Bitterste darüber, daß sie von den Besitzenden und ihren Wortführern systematisch beschimpft worden sind, und daß besonders der Mayor alles gethan hat, um den persönlichen Charakter der Führer mit Schmutz zu bedecken und falsche Berichte über die Ziele der Bewegung zu verbreiten. Der Bericht des Komitees schließt mit folgenden Worten, welche zu gleicher Zeit die Verbitterung und die Hoffnungslosigkeit der Arbeitslosen zeigen. „Das einzige“, — heißt es da — „was um die Bewegung gezeigt hat, ist die Richtigkeit der Behauptung, daß die Sache der arbeitslosen Männer und Weiber nahezu hoffnungslos ist, und daß jeder Versuch, ihre Lage vor der Öffentlichkeit ruhig und friedlich zu erörtern, weiter keinen Erfolg hat wie Entstellungen, Verleumdungen, Spott und Hohn seitens der Befestigten, welche doch vom Produkt der Arbeit des Volkes leben, die aber dennoch nichts dagegen haben, wenn ihre Brüder und Schwestern und die heranwachsende Jugend hungert und verkrüppelt, vorausgesetzt, daß das möglichst unauffällig geschieht.“

## Arbeiterversicherung, Gewerkschaftliches.

Dem Vorstand des Unterstützungsvereins Deutscher Buchdrucker hat der Staatsminister v. Bötticher neulich geantwortet und sich dabei für sein abspredendes Urtheil über die dauernde Leistungsfähigkeit der Invalidentasse auf eine „neuerdings von einem Sachverständigen aufgestellte versicherungstechnische Bilanz der Kasse“ berufen. Bei dieser Bilanz — heißt es in dem vom 14. Februar datirten ministeriellen Schreiben — sind der gegenwärtige Werth der an die jetzigen und künftigen Invaliden der Kasse zu gewährenden Leistungen — und zwar ohne Rücksicht auf Sterbegelder und Verwaltungskosten — (und der gegenwärtige Werth der neben dem Rassenbestand zu erwartenden Einnahmen) nach versicherungstechnischen Grundsätzen einander gegenübergestellt. Hierbei ergibt sich, daß die gesammten bei einem Mitgliederbestande von 13 000 Personen und den jetzt vorhandenen 167 Invaliden zu erwartenden Ausgaben bloß an Invalidentente — also ohne Rücksicht auf die der Kasse außerdem obliegenden Sterbegelder und Verwaltungskosten — die gesammten, bei 13 000 Mitgliedern in Aussicht stehenden Einnahmen der Kasse einschließlic der vorhandenen Rassenbestandes um mehr als 4 1/2 Millionen Mark übersteigen. Es müßte mithin die Kasse, um lebensfähig zu bleiben und ihre statutenmäßigen Verpflichtungen nicht nur gegenüber den jetzt vorhandenen Invaliden, sondern auch, und darauf kommt es wesentlich an, gegenüber den jetzt beitragenden aktiven Mitgliedern für die Zeit ihrer dereinstigen Invalidität erfüllen zu können, ihre Beiträge um mehr als das Dreifache, nämlich auf 32,55 Mark erhöhen. Dabei ist überdies von Voraussetzungen ausgegangen, welche für die Kasse der Buchdrucker anscheinend zu günstig liegen. Es ist nämlich eine Invaliditätsstafel verwendet worden, welche für den Durchschnitt der gesammten (deutschen) Industrie gilt, während nach den Aufzeichnungen der deutschen

Berufsstatistik die Invaliditätsverhältnisse bei den Buchdruckern ungünstiger liegen als für die Gesamtheit der industriellen Arbeiter oder für die Gesamtheit aller arbeitenden Klassen in ihrem Durchschnitt. Darüber, daß die gegenwärtige Zahl von Invaliden für die Dauer annehmbare Zahl, wird der Vorstand selbst, wie ich annehmen darf, nicht zweifelhaft sein. Denn für jetzt übt offenbar noch die fünf- bis fünfzehnjährige Karenzzeit der seit dem 1. Januar 1879 in Thätigkeit befindlichen Kasse ihre Wirkung. Nach der Druckschrift: Geschichte und Wirken des Unterstützungsvereins Deutscher Buchdrucker, 1866 bis 1882 (Seite 30), sollen die Buchdrucker etwa 3 pCt. Invaliden haben; darnach würde bei 13 000 Rassenmitgliedern ein Normalbestand von 13 000 x 0,03 = 390 statt der gegenwärtigen 167 Invaliden in Rechnung gezogen werden müssen. — Ich muß hiernach die Annahme, daß die Kasse für die Dauer nicht hinreichend leistungsfähig sei, auch nach erneuter Prüfung für zutreffend erachten, werde aber, um meinen Aeußerungen auch den Schein einer zu ungünstigen Beurtheilung der Kasse und insbesondere der Rassenverwaltung zu entziehen, bei sich zurückkommend auf die Sache im Reichstage zurücksommen.“ — Die Vereinsleitung weist hiergegen darauf hin, daß die Invalidentasse wohl als genossenschaftliche Unterstützungs-kasse, aber nicht als private Versicherungsanstalt angesehen werden müsse. Natürlich wird sich Herr v. Bötticher um diesen Protest gegen seine Auffassung sehr wenig kümmern und weiter für die bestehenden und kommenden Zwangskassen mit jämmerlicher Beschränkung der Selbstverwaltungrechte der Arbeiter dadurch Stimmung machen, daß er alle großen und selbstständigen Schöpfungen der Arbeiter als „versicherungstechnisch bankrott“ bezeichnet.

Die Buchdrucker-gewerkschaft von London (London Society of Compositors) hat soeben ihren Jahresbericht für 1887 verhandt. Danach betrug die Gesamt-einnahme Mk. 249 825, die Ausgabe Mk. 195 790, sodaß ein Ueberschuß von 54 035 Mark verblieb. Die Mitgliederzahl belief sich auf 7025, davon erhielten 1429 Arbeitslose 94 870 Mark Arbeitslosenunterstützung.

Das sieht den Unternehmer-Berufsgenossenschaften ähnlich! Der nächste ordentliche Verbandstag derselben (7. Mai d. J. in Köln) wird sich mit einem Antrage der Müller beschäftigen: für die Ausbildung verständigter Arbeiter in „geeigneten“ Erwerbszweigen (Korbflechterei, Zigarrenfabrikation u. s. w.) eine Lehranstalt zu gründen. Das heißt mit anderen Worten: wo es geht, sollen die heute für erwerbsunfähig erklärten und daher mit der vollen Rente bedachten Arbeiter wenigstens „theilweise erwerbsfähig“ gemacht werden. Es würde dann nicht nur die Rente der Verunglückten herabgesetzt, sondern auch den eigentlichen Zigarrenarbeitern, Korbflechtern u. s. w. eine Konkurrenz geschaffen werden, die so schlimm wie die Gefängnisarbeit wirken und das bishigen Nutzen der Unfallversicherung in positiven Schaden für die Arbeiterklasse umkehren würde. Sind den Herren Unternehmern denn schon die paar Pfennige Beitragsleistung zu viel?

**Aufruf zum Schneiderkongress.** An die Schneider Deutschlands! Die Lage unseres Gewerbes erfordert es, daß wir uns von Zeit zu Zeit zur gemeinschaftlichen Besprechung zusammenfinden und unsere Gedanken zur Hebung des Schneidergewerbes gegenseitig austauschen. Fast alle Branchen haben in den letzten Tagen versagt, durch Abhaltung von Kongressen, Handwerker-tagen u. s. w. die Interessen ihres Gewerbes zu wahren und ihre Lage zu verbessern; nur die Schneider haben dies unterlassen. Darum halten wir, die Erfurter Kollegen, es für unsere Pflicht, die Kollegen Deutschlands zur Abhaltung eines Schneiderkongresses aufzufordern! Wir bitten alle Kollegen, unseren Vorschlag einer Besprechung zu unterzeichnen und ihre Stellung im Fachorgan kund zu thun. — Ueber die Nützlichkeit des Kongresses scheint es uns vorläufig überflüssig zu sein, viele Worte zu machen. Wir schlagen nur noch als Abhaltungszeit des Kongresses den Monat August d. J. und als Ort Erfurt vor. Falls die Kollegen einen geeigneteren Ort vorschlagen können, sind wir gern bereit, auf Erfurt zu verzichten, aber im Voraus, um diese nebensächliche Frage die Hauptsache nicht zu versäumen, sondern frisch an die Arbeit zu gehen und durch Beschickung des Kongresses zur Verbesserung unseres Schneidergewerbes beizutragen. J. A.: P. Reihhaus. Anfragen wollen freundlichst an P. Reihhaus, Erfurt, Ulfesteterstr. 8 gerichtet werden.

**Maurerkongress.** Der „Frl. Jg.“ zufolge wird in der Zeit vom 2. bis 5. April in Gera ein allgemeiner Kongress der Deutschen Maurer stattfinden.

**Die statistische Aufnahme des Berliner Fachvereins der Buchbinder** und verwandten Berufsgenossen am Schlusse des vorigen Jahres erstreckte sich auf 111 Betriebe. In diesen 111 Betrieben waren 1008 Schilfen (davon 248 verheirathet), 145 Lehrlinge, 1078 weibliche Arbeiter (davon 96 verheirathet) und 888 Maschinen thätig. Die Arbeitszeit betrug im Durchschnitt täglich 10 1/2 Stunden. In 36 Betrieben wurde jedoch 11 Stunden und in 2 Betrieben 9 Stunden gearbeitet. Der höchste Wochenlohn betrug 45 Mk., der niedrigste 6 Mk.; meistens wurden 18 Mk. gezahlt. Das vorstehende Zahlenmaterial beweist leider, daß der größte Theil der Berliner Buchbinder sich an der statistischen Zusammenstellung nicht betheiligt hat, denn von ungefähr 1500 am Orte befindlichen Betrieben haben nur 111 statistisches Material geliefert. Die Zahlenangaben der männlichen und weiblichen Arbeiter erscheinen besonders des Hervorhebens werth. Ein eigenthümliches Verhältniß besteht hauptsächlich in den **Lugospapierfabriken**, in welchem oft dreimal mehr weibliche als männliche Arbeiter beschäftigt sind. Zur Lehr-lingsfrage ist zu bemerken, daß größere Etablissements ganz auf dashalten von Lehrlingen verzichten, während die kleineren Unternehmer hinsichtlich der Zahl der Lehrlinge sich gegenseitig überbieten. Beachtenswerth ist, daß bei der kürzesten Arbeitszeit die höchsten Löhne ge-

zählt werden, obwohl die betreffenden Fabrikanten jedenfalls nicht mit einem Defizit arbeiten, oder auch nur mit einem kleinen „Verdienst“ zufrieden sind. Es beweist dies Verhältnis wieder zur Genüge, daß ein Arbeiter, der die nötige Zeit hat, sich geistig und körperlich zu erholen, in 9 Stunden mehr leistet wie ein anderer in 11 Stunden.

In Leipzig ist seit dem 1. Januar 1887 an Stelle der bisherigen 18 Ortskrankenkassen eine gemeinsame Ortsklasse getreten. Diese bemüht sich nun krampfhaft, zu sparen und sich vor den anderen Klassen, besonders den freien Hilfsklassen, gewisse Bevorzugungen zu verschaffen. In einem Circular an die Ärzte heißt es z. B.: „Neue, meist theuere Arzneimittel... wolle man in der kassenärztlichen Praxis vollständig vermeiden. Cocain, Antipyrin und dergl. können also künftig von der Ortsklasse nicht mehr bezahlt werden... Dekotte, Infuse und Emulsionen sind möglichst zu vermeiden. Zu Corrigentien ist die ausschließliche Verwendung der billigen Syrupe... wünschenswerth; die theuren... sind zu vermeiden... Eis wolle man pro Tag nicht mehr als für fünf, zehn oder fünfzehn Pennige verschreiben. Uebrigbleibende Reste (von Verbandstoffen) sind für andere Klassenmitglieder zu verwenden... Die Ausgehzeit der Patienten bittet man möglichst zu beschränken.“ Ein an die Apotheker gerichtetes Circular ist von ähnlichen Sparmaßregeln durchdrungen und die Kassenerwaltung macht sogar den Vorschlag, daß die niedrigere Handverkaufstage „nur für die Ortskrankenkasse Verwendung finden möge.“ Herr Böttcher spricht bei einem solchen Zustande alsdann im Reichstage davon, daß Licht und Schatten zwischen allen Klassen gleich vertheilt werden müßten und daß die freien Hilfsklassen keine „Bevorzugung“ erfahren dürften! Die Leipziger Arbeiter werden sich sagen, daß das Sparen an Arzneimitteln jedenfalls Krankenkassen sehr schlecht ansteht, und sie werden darum zweifellos immer zahlreicher in die freien Hilfsklassen eintreten, welche ihnen in der Wahl des Arztes und der notwendigen Arzneimittel keinerlei Beschränkungen auferlegen und die auch sonst den Arbeitern mehr entgegenkommen, weil sie von Arbeitern selber geleitet werden.

**Die Maurer in Kiel bitten, Streiks halber, den Zuzug fernzuhalten.**

**Aufruf zum Steinmehenkongress.** Berufsgenossen! Am 1., 2. und 3. April dieses Jahres findet zu Hannover der dritte Kongress deutscher Steinmehener statt.

Die Wahrung und Befestigung unserer Rechte und Interessen, Verbesserung unserer Lebenslage und Aufklärung über unsere beruflichen Verhältnisse sind die Aufgaben, an deren Lösung ein großer Theil der deutschen Kollegen seit vier Jahren mit Energie und Ausdauer arbeitet.

An Euch Kollegen, die Ihr diesem berechtigten Streben für Hebung unserer Berufs- und Lebenslage noch fern steht, ergeht hiermit der Ruf, Euch uns anzuschließen und an den Beratungen des Kongresses durch **Delegirte** theilzunehmen.

Die Tagesordnung ist vorläufig dahin festgestellt:

1. Wahlen zum leitenden Bureau und den nötigen Kommissionen, Geschäftsordnung u. s. w.
2. Bericht über die Organisation und Thätigkeit des Verbandes.
3. Organisationsfragen, dazu Anträge, Wahlen u. s. w.
4. Berichte der Delegirten über örtliche Berufsverhältnisse.
5. Dertliche Wanderunterstützung, Verkehrsweisen, Arbeitsnachweis.
6. Afford- und Lohnarbeit, Tariffragen resp. die Stellung der Meisterschaft und deren Verbände, Innungen u. s. w. zu denselben.
7. Organfrage und Belehrungsmittel.
8. Statistik über Sterblichkeit, Unfälle und Lebenshaltung in unserem Berufe.

Alle diese Punkte bieten uns reiche Gelegenheit, unsere Ansichten und Erfahrungen auszutauschen und uns über die Mittel und Wege zu einigen, um mit erneuter Thätigkeit unseren Aufgaben gerecht werden zu können.

Die Theilnahme der Kollegen aus allen Gauen Deutschlands am Kongress möge aus Reue beweisen, daß die deutschen Steinmehener einig und bereit sind, mit allen gesetzlichen Mitteln jederzeit für ihre Rechte und Interessen einzutreten.

Das Kongresslokal befindet sich Knochenhauerstraße 7 im „Reebblatt“.

Vorherige Anmeldungen sind wegen Verheerung und Empfang erwünscht und an Kollegen Karl Steinwedel, Bäckerstraße 52, Hannover zu senden.

Außerdem ertheilt nähere Auskunft der Unterzeichnete.

Mit kollegialischem Gruß

P. Kohn, Berlin N., Tiedstraße 25.

**Großer Streit in Sicht.** Wie aus Crimmitschau berichtet wird, steht dort für Anfang April wieder ein großer Streit bevor. Die Herren Fabrikanten beabsichtigen nämlich, die Stunde, um welche durch den 82er Streit die tägliche Arbeitszeit reduziert wurde, wieder einzuführen, und die Arbeiter gedenken, sich diesem Ansinnen mit all ihrer Kraft zu widersetzen — und das mit vollem Rechte!

Der Bestechlichkeit beschuldigt wird von den amerikanischen Arbeiterblättern ein „Meister“ des Ordens der Ritter der Arbeit. Dieser — ein gewisser Dr. Lewis — ertheilte nämlich den tausenden von Streikenden in den Bergwerken an der Readingbahn plötzlich Befehl, die Arbeit wieder aufzunehmen. Selbst wenn der Befehl nur von einem Bruchtheil ausgeführt wird, muß er doch durch die Unsicherheit, welche er bei den Arbeitern erzeugt, wesentlich den Sieg des Kapitals erleichtern. Man erinnert bei dieser Gelegenheit daran, daß auch der Führer der englischen Gewerkschaften der Bergleute, Herr Macdonald, lange Jahre dem Verdachte aus-

gesetzt war, im Solde des Kapitals zu stehen — ein Verdacht, der beim Tode dieses Mannes Bestätigung zu finden schien: das hinterlassene Vermögen Macdonald's erwies sich als viel bedeutender, als es ohne „Trinkgelber“ hätte sein können.

## Vereine und Versammlungen.

### Polizeilich nicht genehmigte Volksversammlung.

Eine zu Donnerstag nach Habel's Brauerei-Ausschank (Bergmannstraße) anberaumte öffentliche Volksversammlung, in welcher der Reichstagsabgeordnete Singer über die Thätigkeit des Deutschen Reichstages sprechen wollte, konnte nicht stattfinden, weil die polizeiliche Genehmigung hierzu verweigert wurde.

**Der Fachverein der Metallschrauber, Facondreher und Berufsgenossen** Berlins hat beschlossen, Reichstagsmitglieder in Zukunft bei Streiks nicht zu unterstützen. Am Sonntag, 11. März, soll bei Keller's, Andreasstr. 21, ein Vergnügen abgehalten werden.

**Der Verein zur Wahrung der Interessen der Klavierarbeiter** hielt am 3. d. M. eine gut besuchte Generalversammlung ab. Die Abrechnung vom Kommerz ergab einen Ueberschuß von 97 Mark, der dem Kranken-Unterstützungsfonds überwiesen wurde. Sodann erbatte der Referent der Statuten-Revisionskommission, Herr Sporfeld, den Bericht über die Änderungen des Statuts. Die Kommission schlug u. A. für den Verein folgenden Namen vor: „Verein zur Wahrung der Interessen der Klavierarbeiter (Mechanik- und Klavierarbeiter) und verwandte Berufsgenossen.“ Herr Schmidt beantragte, den Verein künftig „Fachverein der Klavierarbeiter und Berufsgenossen“ zu nennen. Schließlich wurde der Kommissionsantrag mit Streichung der in Parenthese angeführten Worte angenommen. Bei § 7 angehangt, wurde Vertagung der Statutenberatung beschlossen. Nachdem mehrere Krankenunterstützungen bewilligt waren und der Antrag, ein Sommerfest bei Keller (Hohenhaide) abzuhalten, abgelehnt war, schloß der Vorsitzende, Herr Hahn, die Versammlung.

**Der Fachverein der Studateure** tagte am Montag, den 5. d. M., bei Rentzsch, Neue Grünstr. 14. Da am 1. März der vorjährige, von den Studateuren in öffentlicher Versammlung angenommene Tarif abgelaufen, der diesjährige aber erst in den nächsten Tagen zur Entscheidung gelangt, machen die Prinzipale den Versuch, eine um eine Stunde pro Tag verlängerte Arbeitszeit einzuführen; die Kollegen wurden deshalb gewarnt, darauf einzugehen, da dies ein Fehler der Prinzipale sei, den sie ausstrecken, um, wenn es ihnen gelingt, alle übrigen Forderungen der Gehilfen abzuweisen und mithin die Zustimmung zum Gehilfen-tarif in Frage gestellt wird. Auch die Frage des Abfalls von Studatheilen wurde wieder einer Kritik unterzogen und lebhaft bedauert, daß immer noch keine Mittel und Wege gefunden wären, um das gewissenlose Ansehen von Studatheilen scharf zu kontrollieren, trotzdem durch eventuelle Unglücksfälle das Studgeschäft arg geschädigt wird. Schließlich wurde beschlossen, daß Fälle, in denen von Kollegen gewissenlos gearbeitet wird oder von den Meistern unqualifizierbare Personen mit der Ausführung der Arbeit betraut werden, der Rechtsschutzkommission des Fachvereins zur Prüfung zu überweisen sind, um in geeigneten Blättern die Bauinteressenten darauf aufmerksam zu machen. Die nächste Versammlung findet am Montag, den 19. März, Fischerstraße 10 I. (früher Nuschwitz) statt.

**Zur Lohnbewegung der Ladirer.** Eine öffentliche Versammlung von Ladirermeistern und Gehilfen war für den 6. d. M. nach dem Jordan'schen Saale, Neue Grünstraße 28, einberufen worden und zwar befaßt Besprechung und Stellungnahme zu dem Lohnvertrag. Die Forderungen der Kommission, welche diese im Interesse der Ladirergehilfen zu stellen sich gezwungen fühlt, lauten: Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit, sowie ein Minimallohn von 35 Pf. pro Stunde. Ferner sieht sich die Kommission veranlaßt, für Nacharbeiterarbeit einen Aufschlag von 10 Pf. pro Stunde einzutreten zu lassen. Sollte ferner in Werkstätten durch Umstände Nacharbeit nötig werden, so wird hierfür die doppelte Tageslohnarbeit festgesetzt. Unter dem Begriff „Nacharbeit“ fällt die Zeit von Abends 10 Uhr bis Morgens 6 Uhr. In Betreff der Affordarbeit ist die Kommission geneigt, für die Befestigung derselben einzutreten, indem die gestellten Forderungen betreffs der Stundenlohnarbeit durch Drücken der Affordpreise vollständig illusorisch gemacht werden können. Der Vorsitzende der Kommission, Herr Nautenhaus, begründete in Kürze die gestellten Forderungen. Die zehnstündige Arbeitszeit sei in allen größeren Fabriken und Blechlackereien bereits eingeführt; nur in etwa 50 kleineren Werkstätten, hauptsächlich Wagenlackereien, herrsche noch die elfstündige Arbeitszeit. Um den arbeitslosen Gehilfen Arbeit zu verschaffen, müsse auch hier die zehnstündige Arbeitszeit eingeführt werden. Der Durchschnittsverdienst betrug, einer im vorigen Jahre veranstalteten Lohnstatistik zufolge, bei 86stündiger Arbeitszeit pro Woche 16,50 bis 18 Mk. Rechnet man hierzu den Umstand, daß besonders die Wagenlackierer höchstens 7 Monate im Jahre Arbeit haben, so stelle sich der Durchschnittsverdienst auf höchstens 13,50 bis 15 Mk. Daß mit solchem Verdienste namentlich ein verbeiratheter Arbeiter nicht existenzfähig sei, liege auf der Hand. Wenn auch ein Minimallohn von 35 Pf. pro Stunde den heutigen Zeitverhältnissen noch keineswegs entspreche, so glaube doch die Kommission vorerst nicht mehr fordern zu sollen, als Aussicht auf Bewilligung seitens der Meisterschaft habe. Die übrigen Forderungen ergeben sich aus dem Vorhergesagten von selber. Die Diskussion war lang und lebhaft. Von den anwesenden Meistern erklärten sich die Herren Pfeiffer, Innungsmeister Augfa, Schwarz, (Vertreter der Firma Jakob Witte, Potsdamerstraße) sowie der Vertreter der Firma Horn (Neue Berliner Pferde-Eisenbahn-Gesellschaft) ohne weiteres für den Tarif (bei letzterer Firma besteht sogar schon eine neunstündige Arbeitszeit und ein Stundenlohn von 35 Pf.). Zur einstimmigen Annahme gelangte folgende Resolution: Die heute in Jordan's Lokal tagende öffentliche Versammlung von Ladirermeistern und Gehilfen erklärt sich mit dem von der Kommission ausgearbeiteten Tarif vollständig einverstanden. Sie erachtet denselben als eine sehr humane Forderung, welche von den Meistern sehr wohl bewilligt werden kann. Speziell die Gehilfen verlangen, daß die Meister sich schriftlich verpflichten, die von der Kommission aufgestellten Forderungen mindestens ein Jahr hindurch inne zu halten, und erklären, vom 15. März d. J. ab überall da, wo bis zu diesem Zeitpunkt die schriftliche Zusage der Meister noch nicht erfolgt sein sollte, die Arbeit niederzulegen.“ — Die Anwesenden (Meister wie Gehilfen) verpflichteten sich schriftlich auf den Tarif.

**Der Fachverein der Steinmehener Berlins** hielt am Sonntag, den 4. März eine regelmäßige Monatsversammlung im Abgrün'schen Salon, Sophienstraße 34 ab. Es wurde beschlossen, die Vereinsbeiträge vom März an wieder zu zahlen und eine Nummerierung der Quittungsbücher vorzunehmen. Alsdann wurde über den **Platz Schleicher** gesprochen, daß zwei von außerhalb gekommene Kollegen dort angefangen hätten, bei ihrer Einstellung aber gleich „Ordre“ erhalten hätten, sich nicht in den Fachverein aufzunehmen zu lassen, sonst hätte die Freundschaft ein Ende. Die Kollegen fühlen sich jedoch solidarisch mit ihnen und können es nur ehren, daß sie nun doch Vereinsmitglieder sind. Der Verein wird sie, sollten sie deshalb Feierabend bekommen, so lange unterstützen, bis sie wieder in Arbeit sind. Auch wurde einem Kollegen, welcher an dem Ausstand auf dem Platz Schleicher theilnahm und nach Beendigung desselben nach 14tägiger Beschäftigung mit noch 5 anderen Kollegen wieder entlassen wurde, eine wöchentliche Unterstützung von 10 Mark bewilligt. Alsdann wurde erwähnt, daß am

5. April d. J. unser Kassirer Kollege Köhlich 60 Jahre alt wird, und beschloß die Versammlung, dieses seltene Fest in würdiger Weise zu feiern. Das Nähere hierüber wird seiner Zeit noch bekannt gemacht.

— **Fachverein der Buchbinder und verwandten Berufsgenossen** (Verbandsverein). Sonnabend, den 10. März cr., Abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant Rener, Alte Jakobstr. 83., Versammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn M. Wolff über den heutigen Stand der Luftschiffahrt und ihren Werth für das praktische Leben (mit Demonstrationen). 2. Verschiedenes und Fragelasten. — Gäste willkommen. Aufnahme neuer Mitglieder. — Sonntag, den 11. März, Befestigung des Kunstgewerbe-Museums. Sammelpunkt 11 Uhr im Dessauer Garten, Dessauerstraße 3.

— **Verband deutscher Zimmerleute** (Lokalverband Berlin West und Umgegend). Montag, den 12. März, Abends 8 Uhr, im Sange's Salon, Steglitzerstr. 27 (Hohenzollerngarten) Versammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag über West-Afrika mit optisch-bildlichen Darstellungen. 2. Wie verhalten sich die Mitglieder ferner zum Arbeitsnachweis? 3. Verschiedenes und Fragelasten. Gäste haben Zutritt. Neue Mitglieder werden aufgenommen.

— **Verband deutscher Zimmerleute** (Lokalverband Berlin Centrum). General-Versammlung, Dienstag, den 13. März, Abends 8 Uhr, Kommandantenstr. 72, im Neuen Klub-Haus. Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Aufstellung der Kandidaten zur Delegirten-Wahl. 3. Schluß der Anträge für den Handwerkstag. 4. Verschiedenes und Fragelasten.

— **Große öffentliche Schuhmacher-Versammlung** Montag, den 12. März, Abends 8 Uhr, Gr. Frankfurterstr. 117. Tagesordnung: 1. Wie stellen sich die Schuhmacher zu den Militärstiefel-Lieferungen. 2. Verschiedenes.

— **Fachverein der Steinträger** Berlins. Versammlung am Sonntag 11. März, Vormittags 11 Uhr, in Scheffer's Salon, Infelstr. 10. Tagesordnung: Innere Vereinsangelegenheiten. Verschiedenes und Fragelasten. — Mitgliedsbuch legitimirt. Neue Mitglieder werden in jeder Versammlung aufgenommen. Um zahlreiches Erscheinen ersucht der Vorstand.

— **Fachverein der Metallschrauber, Facondreher und Berufsgenossen** Berlins. Generalversammlung am Sonntag, den 11. März, Vormittags 10 1/2 Uhr, im Salon „Königstadt-Restaurant“, Holzmarktstr. 72. Tagesordnung: 1. Hat eine Statistik über unsere Arbeits- und Lohnverhältnisse stattzufinden? 2. Bericht des Bibliothekars. 3. Vereinsangelegenheiten.

— **Fachverein für Schlosser und Berufsgenossen**. Montag, den 12. März, Abends 8 1/2 Uhr, Versammlung bei Meyer, Alte Jakobstr. 83. Tagesordnung: Bericht über Vorkasfrage und über das letzte Stiftungsfest. Aufnahme neuer Mitglieder.

— **Verein zur Unterstützung erkrankter Mitglieder der Maurer** Berlins. Mitgliederversammlung am 13. d. M., Abends 8 Uhr, im Louisenstädtischen Konzerthaus, Alte Jakobstr. 37. Tagesordnung: 1. Abrechnung des Kassirers für Februar. 2. Abrechnung vom Maschinenbau. 3. Wahl einer Redigirte-Kommission. 4. Verschiedenes in Vereinsangelegenheiten und Fragelasten. Um zahlreiche Betheiligung wird gebeten. Neue Mitglieder werden aufgenommen.

— **Berliner Sanitäts-Verein für Arbeiter** beiderlei Geschlechts. Öffentliche Versammlung am Montag, den 12. März, Abends 9 Uhr, in „Siedmund's Restaurant“, Linienstr. 8. Tagesordnung: Ueber die freien eingeschriebenen Hilfsklassen, insbesondere über den Sanitäts-Verein für Arbeiter beiderlei Geschlechts in Berlin. Referent: Hr. Paul Hundt. Um recht rege Betheiligung bittet der Einberufer.

— **Zentral-Kranken- und Sterbefälle der Tischler** etc. Verwaltungsstelle Berlin B. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß die Jahlstelle von der Admiralstr. 26 nach der Stallgerstr. 147a, Ecke Elisabethufer, verlegt worden ist. Die Mitglieder, welche bisher in der Admiralstr. 26 bei Püll bezahlt haben, werden ersucht, ihre Beiträge in der Stallgerstr. 147a, Ecke Elisabethufer bei Gaumert, zu bezahlen.

— **Kranken- und Begräbniskasse des Vereins sämtlicher Berufsklassen** (Hilale Berlin 1). Versammlung am Sonnabend, den 10. März, Abends 8 Uhr, Blumenstr. 78 bei Wollschläger. Neue Mitglieder werden in jeder Versammlung sowie zu jeder Tageszeit beim Vorliegenden Kaffe, Hohenhaide 48, und beim Kassirer Schilling, Koppenstr. 48, aufgenommen.

— **Kranken- und Begräbniskasse des Vereins sämtlicher Berufsklassen** (G. H.) Berlin 2. Versammlung am Sonnabend, den 10. d. M., bei Köslow, Prinzenstr. 79. Die Kasse nimmt neue Mitglieder beiderlei Geschlechts vom 14.—45. Jahre in jeder Versammlung auf, ebenso beim Kassirer J. Schumacher, Mariannenstr. 8, Hof 3 Tr., Abends von 8—9 Uhr, Sonntags von 12—1 Uhr Mittags.

— **Gauverein der Bildhauer**. Am Sonntag, den 11. März, Vormittags 11 Uhr, veranstaltet derselbe im Konzerthaus Sanssouci, Rottbuhlerstr. 4a, eine Matinee für erkrankte Kollegen. Willets hierzu sind im Vereinslokal, Annenstr. 16, und den mit Plakaten belegten Handlungen zu haben.

— **Arbeitsnachweis für Zimmerleute**. Wir ersuchen die arbeitslosen Kameraden nochmals, sich im Arbeitsnachweis Beuthstraße 10, Abends von 8—9 Uhr, Sonntags Vormittags von 9—12 Uhr zu melden, da Arbeit täglich gemeldet wird.

— **Freireligiöse Gemeinde**, Rosenhallerstr. 38. Sonntag, den 11. März, Vormittags 10 1/2 Uhr, Vortrag des Herrn Dr. Huber über „Kritische Sichtung der Lehren des Propheten von Nazareth“. Damen und Herren als Gäste willkommen. — Abends 7 Uhr daselbst „Feier des Stiftungsfestes“. Gäste durch Mitglieder eingeführt willkommen.

## Literarisches.

**Volksbibliothek des gesammten menschlichen Wissens**, herausgegeben von Wilhelm Liebknecht. Kommissionsverlag von R. Schnabel in Dresden (Bartholomäi-Str. 3). Erscheint in Wochenheften zu 10 Pf. — Die ersten zur Ausgabe gelangten Hefte 27 und 28 enthalten: 27. Neueste Geschichte, fortgesetzt von Bruno Geiser (Fortsetzung). 28. Astronomie, Astrophysik und Kosmogonie, bearbeitet von R. Steinmetz (Fortsetzung). Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Kolporteurs.

**Arthur Japp, Die Lage der Ehe**. Sittenbilder aus dem modernen Eheleben. 3. Ausg. Hunger. 4. Gekauft. Berlin, Verlag von Lohmann. Preis 1 Mk. — Der unsere Lesern bekannte Verfasser zeigt sich auch in diesen Skizzen als ein scharfer Beobachter, der unerbittlich die Wahrheit vertritt, auch wo sie das Bild der Verwesung und Verjüngung bietet.

**Internationale Bibliothek**. Soeben erschien **Heft 18: August Bebel**, Charles Fourier, sein Leben und seine Theorien. 2. Theil. Preis pro Heft 50 Pf. — Nach dem Bebel'schen Buch gelangt zur Ausgabe: **Max Schippel**, Das moderne Elend und die moderne Ueberdöpfung. Zur Erkenntniß unserer sozialen Entwicklung. — Diese zweite deutsche Ausgabe deckt sich fast vollständig mit der polnischen Bearbeitung, die 1886 in Warschau erschien und die russische Zensur ziemlich unvertetzt passierte.

**Die Produktiv- und Rohstoff-Genossenschaft der Schneider** zu Berlin, eingetragene Genossenschaft, ersucht uns, um Irrthümern vorzubeugen, hervorzuheben, daß ihr Geschäftslokal nur ein einziges und allein Berlin S. W., Zimmerstraße 30, sich befindet, und sie mit einer ähnlich lautenden Firma einer Genossenschaft der Schneider zu Berlin nichts gemein habe.